

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Klingerhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Delle-Affiance-Platz 8  
Druckanschrift: Copiedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung höherer als 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. Oktober 1930

Wackelt die Diktatur?

(Von unserem Korrespondenten.)

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Rom, im Oktober (Eig. Bericht)

Unverändert scheint das Bild, unverändert die grosse Pose des gewaltigen Selbstherrschers aller Italiener. Aber es geht etwas vor: es liegt in der Luft. Es ist Krisenluft. Die weht nicht offen und scharf wie in freien Demokratien, in denen alles der Kritik und Kontrolle klar zutage liegt. Hier ist es eher schwüle Gewitterstimmung. Niemand weiss etwas, will etwas wissen. Alarmnachrichten, wie sie jetzt in der ausländischen, zumal der Pariser Presse, zu lesen sind, dringen nicht ins italienische Volk. Es ist seit Jahren abgeschlossen von allem, was hier unerwünscht ist. Es soll seine Ruhe haben, seine Friedhofsruhe.

Nur vor wenigen Tagen horchte es auf, als eines der grössten faschistische Organe, das "Giornale d'Italia" sich gezwungen sah, dringend zu einer Verbreiterung der faschistischen Basis zu raten: die "Kommandostellen" müssten auch anderen zuverlässigen Patrioten als den eingeschriebenen Parteimitgliedern zugänglich sein, die Wirtschaftskrise verlange alle Kräfte in nationaler Einheit. Also stimmte die ewig betonte Gleichsetzung der faschistischen Partei mit dem ganzen Italien doch nicht so unbedingt. Also wird es klar, dass 40 Millionen Nichtfaschisten nicht ohne weiteres, in der einen Million Faschisten aufgegangen sind, dass eine Minderheit regiert, eine überwältigende Mehrheit gleichfalls Rechte beanspruchen kann, mehr Recht als einfach, kümmerlich oder im Besitz geduldet, zu leben. Aber ist mit dieser im ganzen Lande überraschenden und Polemik erweckenden Fanfare wirklich mehr gesagt, als gesagt werden sollte? Schon in der Zeitungspolemik wurde betont, dass es sich keineswegs um einen wirklichen Wandel des Regimes handeln könne, die Oberherrschaft der faschistischen Partei bleibe eine Grundtatsache, die Verbreiterung der Basis bedeute nur eine Stärkung des Regimes.

Nur mit äusserster Skepsis darf man jene Nachrichten aufnehmen, die den Wunsch zum Vater des Gedankens haben. Symptome, Einzeltatsachen sind richtig, die Folgerungen daraus aber falsch. Man muss sich vor gefährlichen Täuschungen hüten. Es wurde z.B. behauptet, dass Mussolini sich darum bemühe, den früheren Finanzminister Meda im Kabinett Giolitti in die Regierung aufzunehmen. Der Vatikan stehe mit seinem Einfluss dahinter, denn jener Mann gehöre der Partei der "Popolari" an. Es handelt sich hier aber in Wirklichkeit nicht um den Mann, sondern um die Partei, die dem äussersten linken und streng demokratischen Flügel des deutschen Zentrums etwa entspricht. Um die Partei zu gewinnen, müsste man sie aber erst völlig neu aufbauen. Sie ist zerschlagen und zersplittert, wie die sozialistischen Parteien, wie alle anderen Parteien in Italien. Der Führer der "Popolari", der Priester Don Sturzo, lebt als ein von den Faschisten gehasster Mann, als Flüchtling im Ausland. Er würde nie mit den Faschisten paktieren. Es kommt hinzu, dass an den moralischen Druck des Vatikans auf frühere Führer der "Popolari" nicht recht zu glauben ist. Auch nach dem Versöhnungs-

vertrag blieb der Kampf um die katholischen Jugendverbände und Organisationen immer noch erstaunlich stark. Überhaupt ist es der politischen Führung des Vatikans, die erst jüngst im Amtsorgan die deutschen Faschisten und Hakenkreuzler als Leute erklärte, die keine Gemeinschaft mit der katholischen Kirche haben könnten und dürften, nicht ohne weiteres zuzutrauen, dass sie dem ihrer Geistesart doch wesensfremden Faschismus die Kastanien aus dem Feuer holen hilft. Man hat zwar ein grosses Geschäft mit ihm gemacht, aber ersten weiss man noch nicht, wie weit man dabei betrogen ist, zweitens vermeidet man jede Blossstellung.

Trotzdem sprechen die Symptome dafür, dass in Italien etwas Neues vorgeht. Die Unternehmer, die den Marsch auf Rom finanzierten, haben Undank geerntet und keineswegs das Paradies gefunden, das sie erwarteten, als sie ihren Abgesandten ausschickten, damit er die unbequem fordernden sozialdemokratischen Gewerkschaften zerschlage. Sie stecken jetzt in den Zwangssyndikaten des Korporativsystems und haben ihre frühere Handlungsfreiheit verloren. Sie sind von Gesetzen bedroht, wie dem neuesten, das ihre Geschäftspraxis, bei den von ihnen kontrollierten Gesellschaften je nach Bedarf Anleihen aufzunehmen, mit Gefängnis bedroht hat. Sie fürchten sogar, dass der Mann, der den Sozialismus verraten hat, in ein neues Extrem verfallen könnte. In Wirklichkeit wird der Faschismus dem Kapital nie etwas antun. Nur die Methoden sind bolschewistisch, der Inhalt nie. Immerhin kann die italienische Wirtschaftskrise, die immer neue Opfer fordert und die Mussolini dieser Tage zum ersten Mal zugeben musste, in einer Diktatur, in der alles bis zum letzten Moment verheimlicht wird, weit grössere Katastrophenstimmung erzeugen, als in einer Demokratie. In diesem Augenblick würde sich die Frage ergeben, ob die Macht des Faschismus wirklich gross genug ist, dieser Stimmung mit den alten Mitteln zu begegnen.

Die Wahrheit muss man sehen: alle materielle und politische Macht ist in den Händen des faschistischen Regimes. Alle Waffen stehen, zunächst einmal bedingungslos, zu seiner Verfügung. Auf der Gegenseite gibt es nichts, gar nichts. Keine Waffen, keine Organisation, keine zentrale, sammelnde Kraftquelle. Alles zerschlagen und zersplittert. Niemand kann sich rühren, ohne dass er beobachtet wird. Es ist garnicht daran zu denken, dass irgendeine gewaltsame Erhebung möglich ist, wenigstens solange Mussolini lebt. Niemand darf sich da falschen Illusionen hingeben. Der Faschismus steht in Italien nicht vor seinem Ende, genau so wenig wie der Bolschewismus in Russland wirklich erledigt ist. Dennoch wird der Faschismus, wenn er klug geführt wird, zu Konzessionen kommen. Wie diese Konzessionen, zu denen jene Zeitung selber aufforderte, am Ende aussehen werden, darüber steht noch nichts fest. Auf keinen Fall so, dass die Macht des faschistischen Regimes wirklich ernsthaft erschüttert wird. Vorläufig wenigstens nicht. Die grosse Hoffnung auf ein "faschistisch" werdendes Deutschland darf sich freilich nicht erfüllen. Denn eine faschistische Diktatur in Deutschland bedeutet für die in Italien innenpolitisch wie aussenpolitisch den grössten Triumph. Ein Triumph, der nicht allein in Italien, der in ganz Europa die schwersten Rückwirkungen haben müsste. Ein Triumph, der zum Kriegsgeheul in Europa würde.....

-----

SPD. An die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister werden von verschiedenen Seiten endlose Kombinationen geknüpft, die keinen anderen Zweck haben, als das gute Verhältnis zwischen dem preussischen Zentrum und der Sozialdemokratie in Preussen zu stören. So wird vor allem behauptet, dass die Ernennung ohne jede vorherige Fühlungnahme mit der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags erfolgt sei und die Zentrumsminister im Preussischen Kabinett von der Ernennung völlig überrascht worden seien. Die eine Behauptung ist so falsch wie die andere. Die massgebenden Persönlichkeiten der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hatten von der bevorstehenden Ernennung Severings

ebenso Kenntnis wie die Zentrumsminister. Das gleiche gilt von den massgebenden Instanzen der Sozialdemokratischen und auch der Demokratischen Fraktion des Preussischen Landtags.

+ + +

Die Nachricht von der bevorstehenden Ernennung des früheren preussischen Innenministers Grzesinski zum Polizeipräsidenten von Berlin hat ein Teil der Presse mit der Bemerkung versehen, dass gleichzeitig personelle Änderungen im Kommando der Berliner Schutzpolizei geplant seien. Diese Nachricht ist frei erfunden.

-----

SPD. Die Berliner Unabhängigen Demokraten kündigen für den kommenden Dienstag eine Kundgebung an, auf der der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete und Chefredakteur der "Vossischen Zeitung", Professor Georg Bernhard, sprechen wird. Diese Ankündigung ist insofern bemerkenswert, als Professor Bernhard ursprünglich der Deutschen Staatspartei beigetreten war, inzwischen aber, wie die Ankündigung zeigt, zur Staatspartei in Opposition getreten ist.

SPD. Paris, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die internationale Debatte über einen Zahlungsstillstand für die Reparationen und die interalliierten Schulden hat am Donnerstag eine bedeutsame Bereicherung erfahren, durch eine offensichtlich inspirierte Notiz des amtlichen französischen Havas-Büros,

Die Notiz bestätigt zwar, dass Amerika in der Frage der Kriegsschulden keine Initiative zu ergreifen gedenke, gibt aber zugleich zu verstehen, dass konkrete europäische Vorschläge zu einer Revision der bestehenden Verträge in den Vereinigten Staaten heute vielleicht nicht mehr die schroffe Ablehnung finden würden wie bisher. In der Unterredung zwischen Dr. Schacht und Stimson in Washington sei von einem Moratorium nicht die Rede gewesen, doch mache man in zuständigen amerikanischen Kreisen darauf aufmerksam, dass sowohl das Young- als auch die interalliierten Schuldenabkommen die Möglichkeit zur Erklärung eines Moratoriums von zwei bis drei Jahren ohne weiteres bieten würden. Wenn Amerika auch nicht gesonnen sei, aus seiner augenblicklichen Passivität hervorzutreten, so habe man doch den Eindruck, dass es die Ereignisse an sich herankommen lassen wolle und schon jetzt auf alle Eventualitäten vorbereitet sei. Die Frage sei nur, ob für die Aufrollung des Schuldenproblems der augenblickliche Zeitpunkt besonders günstig sei, angesichts der Tatsache, dass die Neuwahlen in Amerika vor der Tür stünden und der Kongress, der nach Auflösung der Schuldenkommission direkt über die Frage einer etwaigen Revision der Schuldenabkommen zu bestimmen habe, von diesem Ereignis schon stark beeinflusst sei. Ausserdem beschäftige sich die öffentliche Meinung in Amerika jetzt ausserordentlich lebhaft mit der Frage der Abrüstung, und von dem Erfolg der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes könne die Einstellung Amerikas zu den übrigen Problemen der internationalen Politik entscheidend beeinflusst werden.

Aus dieser Havas-Darstellung geht unzweideutig hervor, dass Amerika gegen die etwaige Erklärung eines Moratoriums für die Young-Zahlungen, das selbstverständlich von der parallelen Einstellung der interalliierten Schuldentzahlungen begleitet sein müsse, keinen Widerstand leisten werde. Allerdings müsste der deutsche Schuldner vor dieser Moratoriumserklärung seine Verpflichtungen aus den Haager Verträgen innehalten und vorher "alles tun, um ein Moratorium zu vermeiden", d.h.: Deutschland müsste seine Finanzreform durchführen. Dann wäre selbst nach der Darstellung des französischen Havas-Büros kein Hindernis mehr im Wege, um die europäische Wirtschaft für eine Atempause von zwei bis drei Jahren von dem Bleigewicht der Kriegsschulden zu befreien.

Vielleicht werde diese Frist genügen, um den Weltgläubiger Amerika zu der Ansicht zu bringen, dass auch er mehr zu gewinnen hat, wenn er seine Schuldner entlastet anstatt ihnen den letzten Heller ihrer Verpflichtungen zu entziehen.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu dem schweren Unglück auf Grube Anna II-Alsdorf folgenden Antrag eingebracht :

"Die Reichsregierung zu ersuchen, aus Anlass der grossen Grubenkatastrophe auf der Grube Anna II in Alsdorf (Wurmrevier) 1. sofort mit ausreichenden Mitteln einzugreifen, um den Angehörigen der Verunglückten in ihrer schweren Not beizustehen; 2. eine eingehende Untersuchung über die Ursachen, die zu der Katastrophe führten, anzustellen und die etwa Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen."

-----

SPD. Paris, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Cherbourg ist am Donnerstag morgen im Beisein hoher Marineoffiziere ein neues U-Boot mit dem Namen "Prometheus" vom Stapel gelassen worden. Es besitzt 12 Torpedorohre, zwei Geschütze und ein Maschinengewehr. Das Boot ist so ausgestattet, dass es 30 Tage auf Fahrt bleiben kann.

Das neue U-Boot ist das erste einer Serie von 25 gleichen Booten, die, wie es in einer offiziellen Mitteilung heisst, "aufgrund des Flottenprogramms von 1927" konstruiert werden. Zwei weitere U-Boote des gleichen Modells sind bereits im Arsenal von Cherbourg im Bau.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Am Donnerstag-Vormittag verabschiedete sich der bisherige Preussische Minister des Innern Professor Dr. Waentig von dem Kreise seiner engsten Mitarbeiter. Namens des Innenministeriums dankte der Staatssekretär dem Minister nach einem kurzen Ueberblick über dessen Tätigkeit im Ministerium für die vertrauensvolle und persönlich liebenswürdige Zusammenarbeit.

Der Minister erwiderte mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die hingebende Mitarbeit der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ministeriums.

-----

SPD. München, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Sanierungsaktion zur Rettung des bayerischen Staatshaushalts konnte am Donnerstag im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages positiv abgeschlossen werden. Der Gesetzentwurf zum Ausgleich des Etats 1930 wurde einstimmig angenommen bei Stimmenenthaltung des Bauernbundes und der Nazi.

Die Sozialdemokratische Fraktion stimmte für den Entwurf, weil ihre grundsätzliche Forderung auf Ausgleich des Haushalts erfüllt ist. Der Fraktionsvorsitzende Timm bezeichnete im Hinblick auf die katastrophalen Folgen eines unausgeglicheneu Etats gerade für die Arbeiterschaft die Schlachtsteuer als das kleinere Uebel. Die Zustimmung fiel den Sozialdemokraten umso leichter, als in der neuen Schlachtsteuer ihre sämtlichen Forderungen vom Sommer des Jahres verwirklicht sind. Auch alle Anträge der Sozialdemokraten auf Arbeitsbeschaffung, Unterstützung der notleidenden Gemeinden, sofortige energische Inangriffnahme einer durchgreifenden Verwaltungsvereinfachung fanden Annahme. Entscheidend beeinflusst wurde die sozialdemokratische Zustimmung dadurch, dass endlich einmal ein sichtbarer Anfang in der Verminderung der freiwilligen Leistungen des Staates an die Kirchengesellschaften in Höhe von 1 Million

Mark gemacht wurde. Eine weitere Senkung der Zuwendungen an die Kirche wird durch die Gehaltskürzungsmassnahmen der Reichsregierung vom 1. April 1931 ab im Ausmasse von 2 Millionen Mark eintreten. Darüber hinaus erklärt sich die Regierung auf Verlangen der Sozialdemokraten bereit mit den kirchlichen Oberbehörden Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziele, in den Zuwendungen des Staates an die Kirche zu einer weiteren ins Gewicht fallenden Verminderung zu gelangen.

Die formelle endgültige Entscheidung über das ganze Sanierungsgesetz fällt in der Plenarsitzung des Landtags am nächsten Mittwoch.

SPD. Paris, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister gibt dem "Temps" am Donnerstag Anlass, noch einmal eine grundsätzliche Kritik über die innenpolitische Entwicklung in Deutschland seit der Reichstagsauflösung zu veröffentlichen.

Es sei die verbrecherische Schwäche der bürgerlichen Mittelparteien gewesen, schreibt das Blatt, die es den Hitler-Leuten gestattet habe, die ganze politische Bühne zu erobern. Die grössten Schuldigen an der Wahlkatastrophe seien jene überschlaunen bürgerlichen Taktiker, die mit den Nazis den Sozialismus niederzwingen wollten. Heute sei es aber gerade die SPD, die nicht nur die Republik, sondern auch den Frieden und die öffentliche Ordnung gerettet hätte. Die SPD allein habe durch ihren Geist der Aufopferung das Kabinett Brüning am Leben erhalten, obwohl Brüning in seinem Finanzprogramm Forderungen bringe, die mit den Ansichten der SPD in schärfstem Widerspruch stünden. Das sei die erste Tat der SPD gewesen. Die zweite sei die feierliche Warnung des preussischen Ministerpräsidenten Braun gewesen, der als erster führender deutscher Politiker gegen die Nazis aufgetreten sei. Die entscheidende Tat aber sei die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister. Denn über die Bedeutung dieses Ereignisses täusche sich niemand weder in Deutschland noch im Ausland. Der Name Severing allein sei ein ganzes Programm der republikanischen Verteidigung. Seine Ernennung bedeute den Beginn der Gegenoffensive gegen Hitler. Man könne sicher sein, dass die Nazis unter Severing die gebührende Abwehr immer bereit finden würden.

SPD. Die Donnerstag-Sitzung des Reichsrats wurde mit einer Trauerkundgebung für die Opfer des Aachener Grubenunglücks eingeleitet. Der Verhandlungsleiter Reichsinnenminister Dr. Wirth machte folgende von den Reichsratsmitgliedern stehend angehörte Ausführungen:

"Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ist es wohl unsere Menschen- und Staatsbürgerpflicht, der grossen Katastrophe und der fast 250 auf der Totenbahre liegenden Opfer zu gedenken, die von dem Bergwerks-Unglück zu Alsdorf dahingerafft worden sind. Es ist wohl eine der schwersten Bergwerks-Katastrophen, die das Deutsche Volk je betroffen hat, und unser Auge wird wohl feucht, wenn wir in die Zeitungen schauen und die Bilder der Zerstörung an unseren Augen vorbeiziehen lassen, die bei diesem Ereignis gegeben worden sind. Wir gedenken auch jener Helden, die unter Einsatz des Lebens in die Grube gefahren sind, um ihren bedrängten Kameraden zu helfen, und die diesmal in so grosser Zahl vom Unglück selbst erfasst worden sind, wie niemals bei einer früheren Rettungsaktion. Wie ich höre, sind 25 der Rettungsmannschaften bei der heldenmütigen Hilfsarbeit ums Leben gekommen. Schweift unser Blick auf der einen Seite auf die schwierigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die den Herrn Arbeitsminister gehindert haben, selbst die ehrenden Worte zu sprechen, die ich übernommen habe, und auf der anderen Seite in eine der ernstesten und be-

drängtesten Gegenden unseres Vaterlandes, in das Aachener Revier, wo sich diese furchtbare Katastrophe ereignet hat, wahrhaftig, so könnte man, wenn man diesen sozialen Bedrängnissen zusieht, bange werden über die Auswirkungen dieser ungeheuerlichen Katastrophe. Aber auch in solcher Katastrophe offenbart sich etwas, was die Menschen zum Nachdenken und zur besinnlichen Schau auf das gemeinsame Schicksal bestimmt. Niemals mehr als bei einer solchen Katastrophe offenbart sich die echte humane und christliche Gesinnung der Schicksalsverbundenheit mit den unglücklichen Opfern der Arbeit. Und wenn wir in unserer Existenz als Beamte und Funktionäre des Staates oder in einer gewissen Sicherheit bürgerlichen Daseins uns hier zusammenfinden können, so haben wir vielleicht zu allererst Anlass, über die Schwierigkeiten des Daseins, wie sie auch uns getroffen haben, uns zusammenzufinden in der festen Zuversicht und in dem festen Willen, uns aufs neue einzusetzen für die Ordnung in unserem geliebten Vaterlande. Indem wir in dieser Stunde der Opfer gedenken, darf ich auch im Namen des Reichsrats zu gegebener Zeit den dortigen Behörden und den Stellen, die das Unglück zu meistern haben, das tiefe Mitgefühl von Ihnen Alle übermitteln. Ich danke Ihnen, dass Sie sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben haben."

---

SPD. Bern, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Schweiz nimmt die Arbeitslosigkeit ebenfalls zu. In den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen waren Ende September 11 613 Arbeitsuchende eingetragen gegenüber 10 351 Ende August und 5 197 im September 1929. Diese für ein kleines Land bereits fühlbare Schärfe der Arbeitslosigkeit dürfte nur zu einem geringen Teil auf Saisoneinflüsse zurückzuführen sein, da insbesondere die Bauindustrie noch ordnungsmässig arbeitet. Aus der Metall- und Uhrenindustrie wird eine weitere Ausdehnung der Kurzarbeit gemeldet.

---

SPD. Der Reichsrat beschloss am Donnerstag gegen die Stimmen der Provinzen Hessen-Nassau und Sachsen, von einem Einspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz abzusehen.

Der Reichsrat stimmte ferner einem Gesetzentwurf zu, der die Reichsregierung ermächtigt, den Zinssatz für die Aufwertungshypotheken, der ursprünglich bis zum 1. Oktober festgelegt sein sollte, mit Rücksicht auf die Verhältnisse am Kapitalmarkt später festzusetzen, und zwar bis zum 15. Dezember d. J. In einer Entschliessung des Reichsrats wird der dringende Wunsch ausgesprochen, dass die Reichsregierung schon vor dem 15. Dezember, sobald es irgend möglich ist, den Hundertsatz festsetzt.

---

SPD. Washington, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Präsident Hoover untersagte auf Ersuchen der brasilianischen Bundesregierung jede Ausfuhr von Waffen nach Brasilien. Das Verbot richtet sich ausschliesslich gegen die brasilianischen Aufständischen, die in Amerika grosse Munitions- und Waffenkäufe vornehmen wollten. Es bedeutet einen schweren Schlag für die Umsturzbewegung und eine grosse Hilfe für die brasilianische Regierung.

---

SPD. Köln, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sollmann hat anlässlich der Aisdorfer Katastrophe an den Beratungen des Unfallausschusses und an einer vierstündigen Befahrung der Unglücksgrube teilgenommen. Er hat ferner mit sämtlichen Behördenvertretern, mit Augenzeugen der Katastrophe und in einer Sitzung mit Vertrauensleuten des Bergarbeiterverbandes die möglichen Ursachen des Unglücks durchgesprochen. Dem Bericht Sollmanns über seine Eindrücke und Informationen entnehmen wir folgendes:

"Am Mittwoch gegen elf Uhr führen wir in die Unglücksgrube und befahren vier Stunden die verschiedenen Sohlen. Die Untersuchung schien mir zweifelsfreier Deutlichkeit zu ergeben, dass die ursprüngliche Annahme, es habe eine Sprengstoffentladung stattgefunden, falls gelassen werden musste. Wir fanden die drei Sprengstofflager intakt. In einem der Sprengstofflager war die Tür eingedrückt. Die Wirkung war also von aussen erfolgt. Das Lager war unversehrt. Es wurde festgestellt, dass die letzte Einlieferung von Sprengstoff (3 000 kg Wetter-Detonit B und 2 000 kg Dynamit I) am 16. Oktober erfolgt ist. Diese Sprengstoffmenge wurde nach übereinstimmender Zeugenaussage noch am selben Tage in das unterirdische Lager geschafft.

In stundenlangen Beratungen versuchten Sachverständige und Arbeitervertreter die Ursache der Katastrophe festzustellen. Bis zum späten Abend des Mittwochs war man der Lösung des Rätsels kaum näher gekommen. Auch der Explosionsherd konnte nicht festgestellt werden. Die Erscheinung wird von Sachverständigen als eigenartig bezeichnet und lasse einen Vergleich mit früheren Explosionskatastrophen kaum zu. Im Laufe des Tages wurde nochmals behauptet, es habe über Tage eine Sprengstoffexplosion stattgefunden. Verwaltung und Arbeiter ohne Unterschied erklären aber, dass Sprengstoff über Tage nicht gelagert haben könne. In der Nähe des Schachtes standen jedoch über Tag 150 Liter Benzin zum Füllen der Benzin-Grubenlampen. Ob es vorsichtig war, diese immerhin beträchtliche Menge Benzin in dieser gefährlichen Nähe stehen zu lassen, darf bezweifelt werden. Ein grösserer Benzoltank in der Nachbarschaft, der bis vor kurzem benutzt worden ist, soll nach der übereinstimmenden Aussage aller Beteiligten, auch der Arbeiter, leer gewesen sein. Die 150 Liter Benzin bringt man jedenfalls mit der Explosion sehr in Verbindung, jedoch bezweifeln insbesondere die Arbeiter, dass das Benzin der Hauptherd des Unglücks gewesen sei. Die Arbeiter vermuten entgegen der Annahme mancher Fachleute eine Schlagwetter Explosion unter Tage. Sie verweisen darauf, dass nicht nur die Wirkungen einer solchen Explosion an ihrem Herd selbst verhältnismässig gering sind und sich erst auf weitere Entfernungen auswirken. Die Verwaltung behauptet, dass der Wettergehalt in der Ausziehstrecke nur gering sei. Alle befragten Wettermänner sagen aus, dass sämtliche Oerter rein gewesen seien und sie niemals Schlagwetter festgestellt hätten. Einer hat vor fünf Wochen infolge einer beschädigten Tür einmal ein Schlagwetter festgestellt, das aber infolge seiner Meldung noch während der Schicht beseitigt wurde. Ein anderer will nur einmal vor einem halben Jahre Schlagwetter durch Bruch festgestellt haben. Er hat am Dienstag das Revier bis 5 $\frac{1}{2}$  Uhr morgens kontrolliert, ohne etwas gefunden zu haben.

Die Arbeiter nehmen diese einmütigen Erklärungen der Wettermänner mit Unglauben auf. Sie weisen darauf hin, dass etwas nicht stimmen könne, wenn das Wetterbuch keinerlei Einzeichnungen enthalte. Die Arbeiter glauben, dass die Wettermänner nicht wagen, die von ihnen gefundenen schlagenden Wetter zu melden, da dies aus Betriebsrücksichten nicht gern gesehen werde. Der Druck zu unerhörter Arbeit sei, wie im ganzen Bergbau, auch im Eschweiler Bergwerksverein sehr gross, ja gerade im Eschweiler Bergwerksverein, dem die Unglücksgrube gehört, sei das Antreiben stark, weil die Gruben finanziell schlecht gestanden hätten. Die befragten Arbeiter machen nicht einzelne führende Personen sondern das ganze Betriebssystem dafür verantwortlich. Die schwachen Flöze und andere Schwierigkeiten verleiteten dazu, die Menschenkraft unerhört auszunutzen."

SPD. Alsdorf, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Abend waren 251 Todesopfer der Alsdorfer Katastrophe geborgen. In den Krankenhäusern liegen zur Zeit noch 103 Schwerverletzte, von denen ein Teil kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Man rechnet bereits mit etwa 300 Todesopfern. Die Beerdigung der Opfer ist auf Montag vormittag 10 Uhr angesetzt. Da sich der Gemeindefriedhof für die grosse Zahl der Särge als zu klein erwiesen hat, wird ein neuer Friedhof angelegt werden. Die Toten werden in Massengräbern beigesetzt.

Am Donnerstag ereignete sich in der Leichenhalle ein ergreifender Vorgang. Einer von den bereits als tot aufgebahrten Knappen kam zum Leben zurück. Er rief seinen toten Kameraden zu: "Kameraden, wir wollen uns retten, ich spüre frische Luft, kommt alle mit."

+ + +

An den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes in Bochum, den Reichstagsabgeordneten Husemann, richtete der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei folgendes Telegramm :

Der Parteivorstand betrauert mit Euch die auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Arbeiter und ihre so schwer getroffenen Angehörigen. Er überweist Euch zur ersten Hilfeleistung telegraphisch 6 000 Mark. Der Parteivorstand: Wel

+ + +

Amtlich wird mitgeteilt: "Reichsregierung und Preussische Staatsregierung bitten, alle Spenden, die aus Anlass des Aachener Grubenunglücks gegeben werden, der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W 8, auf Postscheckkonto Berlin 156 000 oder auf Konto "Deutsche Nothilfe, Grubenunglück Anna II in Alsdorf" bei der Zentrale der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft in Berlin zu überweisen.

Ausserdem nehmen in Westdeutschland Spenden an: Das Oberbergamt in Bonn, Postscheckkonto Köln 87418 und der Regierungspräsident in Aachen (Regierungshauptkasse Aachen, Postscheckkonto Köln 10632).

Nur dadurch, dass die Spenden diesen Stellen überwiesen werden, lässt sich sicherstellen, dass sie einheitlich und zweckmässig verwendet werden.

Es ist beabsichtigt, sämtliche Spenden sowie die von Reich und Preussen gegebenen Mittel an einer Stelle zusammenzufassen und zu ihrer Verwaltung und Verwendung einen Ausschuss einzusetzen, in dem namentlich Reichs- und Staatsbehörden, Bergarbeiterschaft und Wohlfahrtsverbände vertreten sein werden. Den Vorsitz des Ausschusses wird der Berghauptmann in Bonn führen. Dadurch ist gewährleistet, dass die Mittel gerecht und entsprechend den Wünschen der Spender verwendet werden."

SPD. Köln, 23. Oktober (Eig. Drahtb.) :

Das Erweiterte Schöffengericht in Bonn verurteilte den früheren verantwortlichen Redakteur des Kölner "Westdeutschen Beobachters" (nationalsozialistisch), den Kaufmann Willi Gerling aus Köln, zu 100 Mark Geldstrafe. Gerling hatte einen Bonner Beigeordneten und den Direktor der Städtischen Sparkasse in Bonn in mehreren Artikeln schwer beleidigt. Im Verlauf der Verhandlung nahm der nationalsozialistische Verleumder sämtliche Behauptungen und Vorwürfe gegen die beiden Angegriffenen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da er sich überzeugt habe, dass sie irrig seien.



SPD. Helsingfors, 23. Oktober (Eig. Dr.)

Die am Mittwoch verhafteten beiden Generalstabsoffiziere haben gestanden, an der Entführung des Expräsidenten Stahlberg beteiligt gewesen zu sein. Die eigentliche Anweisung zu der Entführung wurde von dem Generalstabschef Wallenius gegeben. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Inzwischen hat die Lappoleitung eine Liste mit 404 Unterschriften von Personen veröffentlicht, die sich durch die Entführung finnischer Staatsbürger und sonstige Gewalttaten gegen die Gesetze vergangen haben. Der Lappoführer Kosola hat die Liste dem Innenminister persönlich überreicht. In einem Anhang dazu sprechen die Entführer die Hoffnung aus, dass die öffentliche Meinung und die Gerichte die vaterländischen Motive der 404 Entführer erkennen mögen.

SPD. Braunschweig, 23. Oktober (Eig. Dr.)

Der Nazi-Minister Franzen hat jetzt gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen "Volkswacht", den Landtagsabgeordneten Thielemann eine Klage angedroht und inzwischen gegen den Verlag Rieke & Co. und Thielemann eine einstweilige Verfügung erwirkt, nach der bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den anhängig gemachten Hauptprozess bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe es zu unterlassen ist, im "Volksfreund", in öffentlichen Anschlägen, in Flugblättern oder in sonstiger Weise dem Wortlaut oder dem Sinn nach folgende Behauptungen aufzustellen oder sonst zu verbreiten :

Der Antragsteller habe einen wegen Betrug, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch oder anderer Straftaten festgenommenen Landwirt Paul Guth, der sich der Berliner Polizei gegenüber auf Grund eines mit Lichtbild versehenen Eisenbahnausweises als preussischer Landtagsabgeordneter Lohse bezeichnet hatte, ebenfalls als Lohse reklamiert und unter Hinweis auf die aus der Landtagsabgeordneteneigenschaft folgenden Immunität Lohses die Freilassung Guths zu erwirken versucht, also einen Betrüger geschützt, die Polizei irreführt, die Polizei und die Öffentlichkeit belogen, sich selbst der Begünstigung strafbar gemacht, auch sei ein Strafverfahren gegen den Antragsteller eingeleitet und dergl. mehr. Verlag und Redakteur haben die noch vorhandenen Exemplare des Flugblattes mit der Ueberschrift "Polizeiminister schützt Betrüger, führt Berliner Polizei irre und sagt die Unwahrheit" sowie des Anschlagplakates mit der gleichen Ueberschrift zum Zwecke der Aufbewahrung bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Hauptprozesses an einen vom Antragsteller zu beauftragenden Notar in der Stadt Braunschweig herausgegeben. Franzen hat gleichzeitig die Befugnis erhalten, diese einstweilige Verfügung in 9 Zeitungen zu veröffentlichen.

Gegen die einstweilige Verfügung haben die Antraggegner sofort richterliche Entscheidung beantragt. Die Verhandlung des Braunschweiger Landtags über den Fall Franzen findet am Mittwoch kommender Woche statt.

SPD. Wien, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Mitte Oktober wurden in Österreich insgesamt 174 866 unterstützte Arbeitslose gezählt, wozu noch etwa 35 000 bei den Arbeitsnachweisen vorgemerkte nicht unterstützte Arbeitslose kommen. Die Gesamtzahl beträgt also rund 210 000 Personen. Das bedeutet gegenüber dem 30. September eine Zunahme von rund 10 900 Personen.

SPD. New York, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag mittag überfielen mehrere Banditen einen bekannten Juwelier laden in dem New Yorker Down-Town-Distrikt, fesselten den allein anwesenden Besitzer und entkamen dann mit Juwelen im Gesamtwert von rund 125 000 Dollar. Der Ueberfall ging ausserordentlich schnell vor sich und konnte durchgeführt werden, obwohl das Geschäft in einem ausserordentlich lebhaften Geschäftsviertel liegt.

SPD. Schwerin i.M., 23. Oktober (Eig. Dr.)

Am Donnerstag nachmittag ereignete sich in Wozeten ein aufregender Vorfall. Der dort wohnende Korvettenkapitän a.D. Albrecht sollte verhaftet werden, weil der Verdacht bestand, dass er einen Meineid geleistet habe. Als die Beamten zu Verhaftung schreiten wollten, erschoss sich Albrecht. Er war auf der Stelle to

SPD. Wien, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Bund der freien Gewerkschaften hat am Donnerstag beschlossen, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu ersuchen, beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine Konvention über eine internationale Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden ohne Beeinträchtigung der Verdienste der Arbeiter anzuregen.

SPD. Der Reichswehrminister hat nach dem Abschluss des Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig an die Offiziere der Reichswehr einen Erllass gerichtet in dem darauf verwiesen wird, dass der Reichswehrminister es als eine Beleidigung zurückweisen müsse, wenn ihm die nationale Gesinnung abgesprochen würde. Ausserdem hat der Reichswehrminister in absolut eindeutiger Form die Offiziere nochmals auf die unbedingte Pflicht zum Gehorsam hingewiesen.

SPD. Naumburg, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Naumburg sprach den Nazi-Studenten Kiessler am Donnerstag von der Anklage des Aufruhrs frei.

In einer überfüllten Versammlung der SPD in der Nazihochburg Freiburg an der Unstrut kam es im April dieses Jahres durch das Auftauchen und skandalöse Verhalten des Naziabgeordneten Hinkler zu blutigen Auseinandersetzungen. Viele Reichsbannermitglieder wurden sehr schwer verletzt. Wegen dieses Vorfalls sollten sich Hinkler und der 22jährige Nazistudent der Theologie Kiessler aus Kiel am Donnerstag verantworten. Der Naziführer liess seinen verführten Helfer jedoch im Stich und verkroch sich hinter seiner Immunität. 20 Zeugen wurden vernommen, davon 17, die belastend aussagten. 3 Nationalsozialisten mussten vor den präzisen Fragen des Staatsanwalts ihre Aussagen wesentlich einschränken. Der Zuhörerraum war dicht mit Reichsbannerleuten besetzt, die ihrer Empörung über die verlogenen Nazi-Aussagen des öfteren so stürmisch Ausdruck gaben, dass der Vorsitzende mehrmals einschreiten musste. Der Staatsanwalt forderte 6 Monate Gefängnis, da nach den übereinstimmenden Aussagen erwiesen sei, dass der Nazistudent mit einem Bierglas auf einen Landjäger eingeschlagen hat und damit das Signal zum Aufruhr gab. Der streitbare Hakenkreuz-Pastor in spe wurde nach langen Beratungen jedoch freigesprochen. - Ein Naumburger Urteil: ein Hakenkreuzurteil!

SPD. Die Preussische Staatsregierung beschäftigt sich schon seit mehreren Wochen mit Plänen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die Beratungen stehen kurz vor dem Abschluss. Ihr Ergebnis wird der Öffentlichkeit in den nächsten Tagen in Form eines Arbeitsbeschaffungsprogramms mitgeteilt werden.

-----  
SPD. London, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die englische Presse berichtet spaltenlang über die Alsdorfer Grubenkatastrophe. Aus allen Artikeln spricht das tiefe Mitempfinden für das entsetzliche Unglück, das das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeiterschaft betroffen hat. Die internationale Verbundenheit und das gemeinsame Schicksal der europäischen Arbeiterklasse wird am besten durch ein herzliches Beileidstelegramm ausgedrückt, das der Bergarbeiterführer Cook im Auftrage des britischen Bergarbeiterverbandes an den deutschen Bergarbeiterverband gesandt hat.

-----  
SPD. Der Deutsche Beamtenbund begann am Donnerstag auf seinem Berliner Bundestag die Beratungen mit einem Bekenntnis zum deutschen Volksstaat. Der Bundesvorsitzende Flügel stellte vor aller Öffentlichkeit fest, dass der Deutsche Beamtenbund willens sei, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um den deutschen Volksstaat vor jedem Versuch einer gewaltsamen Änderung seiner Verfassung zu schützen - möge dieser Versuch herkommen, woher er wolle.

Reichstagspräsident Paul Löbe ging nach diesem Treuebekenntnis zur Republik in seiner Begrüßungsansprache auf die Notopferfrage näher ein. Er betonte: Die Beamtenschaft ist opferbereit, aber sie darf nicht unter Ausnahmbedingungen gestellt werden. (Beifall) Gerechtigkeit in der Abstufung der Opfer muss herrschen, und vor allen Dingen muss die niedrigste, am schlechtesten bezahlte, Schicht geschützt werden. (Anhaltende Zustimmung) Das Volk hat vielfach übertriebene Vorstellungen von den Bezügen der Beamten. Die Direktoren industrieller und kaufmännischer Unternehmungen bekommen zehn Mal so viel als die höchst bezahlten Beamten. Es ist keine Gerechtigkeit, wenn die Grossverdiener vom Notopfer freigelassen werden. Es wird gegenwärtig viel auf die Zeit nach 1806 hingewiesen. Damals sind aber nicht nur die erfasst worden, die lebenslang auf schmale Ration gesetzt sind, Fichte sagte damals: "Es soll so lange keiner einen Pelz tragen, wie der andere keine Kleider und Schuhe hat; es soll der eine keinen Luxus treiben, wo der andere friert und hungert." Es muss bei dem Notopfer auch an die hohen Gehälter der Privatindustrie herangegangen werden. Im Augenblick der Not müssen alle zusammenrücken zur Abwehr des Elends, An diesem Zusammenrücken wird sich selbstverständlich auch die deutsche Beamtenschaft beteiligen. (Lebhafter Beifall)

Reichsinnenminister Dr. Wirth, von lebhaftem Beifall begrüßt, beleuchtete die Stellung der Beamtenschaft zum Radikalismus. Er führte aus: Wir haben schon schwerere Zeiten durchgemacht, in denen das loyale Verhalten der deutschen Beamtenschaft vorbildlich war. Ich zweifle nicht daran, dass die Wogen des Radikalismus, die heute durch unser Volk gehen, an dem politischen Sinn der ruhigen Beurteilung unserer Beamtenschaft einen unbesiegbaren Widerstand finden. Keine Diktatur könne die Würde der politischen Persönlichkeit, auf die auch jeder Beamte höchsten Wert lege, in solchem Umfang respektieren, wie es die Demokratie grundsätzlich tun wolle. Mit jeder Diktatur, fuhr Wirth nach einer kurzen Beleuchtung der Unfreiheit der Beamtenschaft in faschistischen Ländern fort, seien notwendig Zustände verbunden, an denen niemand etwas aussetzen vermöge, der sich mit dem Gewaltsystem innerlich identifiziere. Wenn es wirklich Fanatiker der faschistischen Idee in der deutschen Beamtenschaft gebe, so müsse man doch bitten, so viel Mut und Ehrlichkeit aufzubringen, und soviel Achtung vor dem eigenen Selbst, dass sie die Stellung verlassen, in der

sie durch ihren Eid gebunden sind, die Verfassung unter allen Umständen zu schützen.

Im Namen des preussischen Ministerpräsidenten Braun begrüßte Staatssekretär Dr. Weissmann den Bundestag. Er wies darauf hin, dass die grosse Anstrengung der preussischen Staatsregierung, dem Volk trotz der Not der Zeit ruhige und fruchtbare Aufbauarbeit zu ermöglichen, nur dann erfolgreich durchgeführt werden könne, wenn ihr eine bewährte intelligente und integere Verwaltung zur Seite stehe.

SPD. Alsdorf, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Unfallausschuss der Grubensicherheitskommission des Oberbergamtes Bonn teilt zu der Alsdorfer Katastrophe folgendes mit :

"Der Unfallausschuss setzte am Donnerstag seine Untersuchungen fort. Weitere von der Explosion erfasste Steigerreviere wurden befahren. Auch in diesen Revieren konnte der Unglücksherd der Explosion nicht festgestellt werden. Während am Mittwoch noch angenommen werden musste, dass über Tage eine Benzin- oder Benzolexplosion als Ursache vermutet werden konnte, scheidet auf Grund der Ergebnisse der langsam fortschreitenden Aufräumungsarbeiten über Tage diese Annahme aus, weil die Benzin- und Benzollager unversehrt vorgefunden worden sind. Der Umstand, dass über Tage umfangreiche Zerstörungen an der Schachttanlage und den Betriebsgebäuden eingetreten sind sowie die kilometerweiten Einwirkungen der Explosion auf die Betriebsabteilungen unter Tage erschweren die Klärung der Ursache des Unglücks ausserordentlich. Die Zahl der Toten beträgt 255, die der in den Krankenhäusern untergebrachten Verletzten 99."

SPD. Nanking, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Tschiangkaischek, der Präsident der chinesischen Republik ist zur Kirche übergetreten und am Mittwoch in aller Stille im Hause seiner christlichen Schwiegermutter in Schanghai getauft worden. Da auch der Finanzminister Sung, der Schwager des Präsidenten, sowie der Minister des Äusseren, Wang, Christen sind, ist die Taufe des Präsidenten nicht ohne politischen Hintergrund und nicht ohne politische Bedeutung. Die Nordkoalition, der soeben geschlagenen Gegner der Nanking-Regierung, sind die Vertreter des extremen chinesischen Nationalismus, was sich auch in deren Feindschaft gegen die christlichen Chinesen ausdrückt. Die Taufe des Präsidenten Tschiangkaischek und die Tolerierung der Christen durch die Nanking-Regierung wird dadurch zu einer bewussten politischen Aktion gegenüber dem Ausland.

SPD. Alsdorf, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend-Vormittag um  $\frac{1}{2}$  10 Uhr wird im Zechengebäude der Unglücksgrube die Trauerfeier für die Opfer der Alsdorfer Katastrophe stattfinden. Anschliessend findet auf dem Neuen Friedhof die Beerdigung in Einzelgräbern statt. Die auswärtigen Toten werden am Nachmittag in ihre Heimat übergeführt.

Wie der Sonderkorrespondent des "Soz. Pressedienst" in Alsdorf erfährt, sind in der Grube an dem Unglückstag ausser Schlagwettern auch grosse Kohlenstaubmengen explodiert. Ausserdem hat es in der Grube an verschiedenen Stellen gebrannt.

SPD. London, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die englische Regierung hat die Regierungen aller Länder in einem Rundschreiben aufgefordert, in Zukunft die bisher üblichen und gegenseitigen offiziellen Kranzniederlegungen an Kriegerdenkmälern einzustellen. Die Arbeiterregierung ist der Ansicht, dass es Zeit sei, den Krieg zu vergessen und mehr dem Frieden zu dienen.

SPD. Kairo, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

König Fuad hat am Donnerstag den Senat und das Abgeordnetenhaus durch Dekret aufgelöst. Gleichzeitig wurde eine Aenderung der ägyptischen Verfassung in dem Sinne bekanntgegeben, dass der Diktatur in dem neuen Parlament eine nach italienischem Muster geschaffene unbedingt ergebene Mehrheit zur Verfügung stehen wird. Die Wahlen sollen erst nach der Veröffentlichung der Wahllisten stattfinden. Damit sind die bisherigen verfassungsmässigen Rechte des Volkes ausser Kraft gesetzt.

Die Wafd-Partei und auch die Liberalen bezeichnen die Verfassungsänderung als "unannehmbar". Die Lage ist ausserordentlich gespannt. Polizei und Militär patrouillieren in den Strassen. Alle Eisenbahnstrecken des Landes werden neuerdings von Militär-Panzerzügen befahren.

SPD. Die Verhandlungen zur Lösung des grossen Arbeitskonflikts in der Berliner Metallindustrie, die am Donnerstag-Nachmittag im Reichsarbeitsministerium begannen, hatten bis 9 Uhr abends noch zu keinem Ergebnis geführt.

Vor Beginn der Nachverhandlungen hatte Reichskanzler Brüning die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung geladen.

SPD. London, 23. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die neue Palästina-Politik der englischen Regierung befriedigt weder die Zionisten noch die Araber. Die einen wie die anderen beanspruchen die alleinige Herrschaft und den Alleinbesitz des Landes, ohne Anerkennung irgend welcher Prioritäts- oder Minoritätsrechte. Weder den Arabern noch den Zionisten behagt deshalb die von der englischen Regierung angekündigte gesetzgebende Versammlung, in der beide Nationalitäten entsprechend ihrer Bevölkerungszahl vertreten sein sollen.

In Jerusalem hat bereits der jüdische Nationalrat beschlossen, das kommende Parlament zu boykottieren und keinen Vertreter zu entsenden. Gross ist die Entrüstung der Zionisten über das angeblich von England gebrochene Versprechen. Es hagelt Proteste aus allen Ländern besonders aus den zionistischen Gruppen in den Vereinigten Staaten. Die extremsten drohen bereits mit dem Boykott englischer Waren. Auch in den bürgerlichen Parteien Entlands setzt eine lebhaftere Kritik gegen den Beschluss der Arbeiterregierung ein und die Konservativen haben sich bereits beeilt, ihre Entrüstung über die neue Palästina-Politik offen zu bekunden. Keiner der Proteste und der Protestler hat jedoch bis jetzt einen besseren Weg aus der politischen und ökonomischen Krise Palästinas gewiesen. Deshalb wäre es gut, wenn beide Teile zunächst einmal die Auswirkungen der neuen Palästina-Politik abwarten würden. Erst später ist zu beurteilen, welcher Weg in Palästina der richtige ist. In den alten Gleisen fortzufahren, konnte weder zum Nutzen der Araber und der Juden noch zur ökonomischen Wohlfahrt des Landes sein.

## Brief aus Tokio über China.

Von Emil Vandervelde.

SPD. Tokio, Ende September. (Eig. Bericht)

Als wir hier in Japan landeten, erfuhren wir sogleich, dass wieder einmal in China alles anders geworden war. Tschiangsueliang, der Kriegsherr von Mukden hatte sich auf die Seite von Nanking geschlagen. Marschall Jen, der sich wenige Tage zuvor als Präsident des nordchinesischen Direktoriums etabliert hatte, war mittlerweile zurückgetreten. Seine Kollegen vom linken Flügel des Kuomintang, namentlich Wangschingwei, hatten sich in die Provinz Schansi zurückgezogen. Die Mukdentruppen marschierten auf Tientsin und Peking.

Seitdem ist die Lage noch etwas klarer geworden. Tientsin wurde widerstandslos besetzt. Die Blätter melden, dass die Mandschurische Armee vor drei Tagen in Peking einmarschiert ist. Der Oberbefehlshaber Tschiangsueliang hat die beiden Bürgermeister von Tientsin und von Peking, die uns noch vor kaum einer Woche einen so liebenswürdigen Empfang bereitet hatten, durch zwei eigene Anhänger ersetzt. Eine einzige, allerdings sehr wesentliche Frage bleibt noch völlig unklar: man fragt sich, ob Tschiangsueliang im eigenen Interesse handelt oder ob er im Gegenteil bereit ist, den Kampf Tschiangkeischeks zu unterstützen, um das Problem der Zentralregierung durch Waffengewalt zu lösen, sei es für sich selbst, sei es für Nanking. Im hiesigen Ministerium des Äusseren neigt man zu der ersten Auffassung, so dass die Lage durch die neueste Entwicklung nicht klarer, sondern nur noch komplizierter geworden sein würde.

Ich bin mir natürlich durchaus bewusst, dass diese plötzlichen Veränderungen im chinesischen Kaleidoskop für europäische Leser schwer verständlich sind und dass es ihnen noch schwerer fällt als mir selber, einen Leitfaden zu finden, der ihnen gestattet, sich in diesem Labyrinth nicht völlig zu verirren.

Eine Tatsache lässt sich jedoch feststellen: dass nämlich früher zu Tschiangtsolins Zeiten, zwei Parteien miteinander rangen, einmal die südlichen Nationalisten mit Tschiangkeischek als den militärischen Führer des Kuomintang an der Spitze und dann im Norden die konservativen und militaristischen Elemente, die für die Republik ein Lippenbekenntnis abgelegt hatten, aber mit Recht in Verdacht standen, entweder die Wiedereinsetzung der früheren mandschurischen Dynastie zu erstreben oder gar sich selbst als Kaiser von China proklamieren zu wollen.

Heute dagegen bekannt sich alles von einem Ende Chinas bis zum anderen, ob in Nanking, in Peking oder sogar in Mukden, zum Kuomintang. Die Marschälle wie die Zivilbehörden schwören auf die drei Grundsätze von Sunyatsen, die neue Fahne der Republik - rot mit blauweissen Kuomintangwappen - flattert in allen Lagern. Tschiangkaischek ist Kuomintang, der "Mustergouverneur" Jen ist Kuomintang, der "Christengeneral" Feng ist Kuomintang, ja selbst Tschiangsueliang, der Mukdener Kriegsherr und Sohn Tschangtsolins sagt, er sei auch Kuomintang! Unter diesen Umständen ist das erste, was man tun muss, wenn man versuchen will - ich sage ausdrücklich: versuchen will - anderen begreiflich zu machen, was in China vorgeht, das ist, ihnen den Begriff Kuomintang zu erklären, den viele Europäer anwenden, ohne genau zu wissen, worum es sich handelt.

"Kuo" heisst Nation, "Ming" heisst Volk und "Tang" heisst Partei. Kuomintang ist also die "Volkspartei der chinesischen Nation". Ziemlich unbekannt ist die Tatsache, dass Brüssel, die Stadt, in der Marx und Engels im Jahre 1847 das Kommunistische Manifest niederschrieben, auch die Stadt ist, in der im Jahre 1906 die erste Gruppe gebildet wurde, aus der der Kuomintang und die chinesische Revolution hervorgegangen sind.

Der damalige Reisebegleiter von Sunyatsen erzählte mir jetzt in Peking, dass Sunyatsen und er damals in das belgische Parlament gegangen wären, um mich als den Präsidenten der Sozialistischen Internationale aufzusuchen. Da

ich gerade im Plenum das Wort ergriffen hatte, wurden sie von Camille Huysmans empfangen. Und so nahm er, wenigstens durch seinen Rat, an der Bildung der neuen Partei teil. Fünf Jahre später war in China die Republik ausgerufen und der Kuomintang gegründet.

Wenn auch ursprünglich revolutionär, ist der Kuomintang gewiss keine sozialistische Partei. Gemäss den berühmten Prinzipien Sunyatsens hat er sich "das Leben des Volkes" als höchstes Ziel gesetzt, und die Jungchinesen halten diese Worte für gleichbedeutend mit Sozialismus. Sie erstreben dieses Ziel mit demokratischen Mitteln. Aber angesichts der gegenwärtigen mangelhaften Reife der Massen halten sie eine Uebergangsperiode der Vormundschaft, unter der Diktatur der Partei, für unvermeidlich. Andererseits gibt der Kuomintang auf dem Gebiete der sofortigen Verwirklichungen den Vorrang dem "völkischen Einheitsgedanken", dem Nationalismus, um in China ein nationales Bewusstsein zu schaffen um die einzelnen Stämme, die das "chinesische" Volk bilden, miteinander zu verbinden, und "um sie in eine gleiche Abwehrfront gegen die Invasion und Unterdrückung durch die fremden Rassen zu bringen."

Letzten Endes ist es dieser werdende Nationalismus, der unter den oberflächlichen Unruhen, unter den Streitigkeiten zwischen Generälen und Gouverneuren, unter diesem seit zwanzig Jahren währenden Bürgerkrieg, der leider nicht so bald aufhören dürfte, die einzige konkrete Realität bildet.

Von Kanton ausgehend hat der Kuomintang als eine nationalistische Bewegung ohne Unterlass um sich gegriffen; und wenn auch im allgemeinen die breiten Massen gleichgültig bleiben, weil sie durch das Militär ausgepresst werden, weil sie vielerorts bitterste Not leiden, wobei sie zuweilen unter "komunistischer" Firma Anwandlungen der Empörung zeigen, so ist dennoch kein Zweifel, dass heutzutage in China der antimonarchistische, antiimperialistische Nationalismus des Kuomintang zum Gemeingut aller intellektuellen Kreise geworden ist; dabei ist dieser Nationalismus zumindest in einigen Gruppen des Kuomintang mehr oder minder mit demokratischen oder sozialistischen Ideen gefärbt. Das gilt sogar für alle zivilistischen Elemente, die nicht mehr, nach dem Worte Sunyatsens, "Streusand" bilden.

Und was die "Tubuno", die militärischen Führer anlangt, die Tschiangkaischek, die Feng und die Jen, sie haben endgültig die Oberhand gewonnen über die Militaristen alten Stils, vom Schlage des Tschangtsolins oder des Juantschekai; dafür bekämpfen sie sich gegenseitig mit fortwährenden Bündniswechseln; zumeist, wenn nicht sogar immer aus persönlichem Ehrgeiz, um nicht zu sagen: aus Gewinnsucht. Die Pekinger Kuomintangleute klagen Tschiangkaischek an, er sei ein Mussolini, ein Verräter an der Sache, die ihm den Oberbefehl anvertraut hätte; die Nankinger Kuomintangleute erwidern, dass die "linken" Führer, Wang und Genossen, durch ihr Bündnis mit Jen und Feng, durch ihre Rebellion gegen die Partei und ihren Vorsitzenden Tschiangkaischek zu "Affen des Sunyatsen" geworden seien (ich zitiere ihre eigenen malerischen Ausdrücke); und dass "diese Affen Radau im Bauche des Schweines machen". Freilich scheint dieses "Schwein" furchtbare Schmerzen zu leiden.

Übrigens haben wir bisher nur die Seite der "Affen des Sunyatsen" aufgesucht. Daher will ich mich zu dem Thema nicht weiter äussern, solange ich nicht in Schanghai, Nanking oder Hankau gesehen haben werde, was sich in jenem Teil des "Schweinebauches" abspielt.

(Schluss des Briefes aus Tokio folgt in einem weiteren Aufsatz.)

-----

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Der Unteroffizier.

SPD. Der Kasernenhof ist das Ideal der Kommunisten wie der Nationalsozialisten. Sie wetteifern miteinander in dem Bestreben ihre Parteien dem Kasernenhofideal anzunähern. Der Unteroffiziersgeist schlimmster Prägung feiert Triumphe. In diesem Wettlauf sind die sächsischen Kommunisten den Nationalsozialisten um ein gutes Stück vorangekommen. Die Kommunistische Fraktion des sächsischen Landtags hat in der Person des sehr jugendlichen Kommunisten Wehner einen neuen Unteroffizier erhalten. Er hält streng auf militärische Form. Mitglieder der Kommunistischen Fraktion, die vor Beendigung der Sitzung den Landtag verlassen wollen, müssen sich bei Wehner abmelden - bitte Herrn Unteroffizier austreten zu dürfen. Hat Wehner keine Lust, die Genehmigung zu erteilen, dann schleift er den Bittsteller, indem er ihn warten lässt. Will einer der kommunistischen Abgeordneten um 6 Uhr mit dem Zug wegfahren, so erhält er von Wehner die Erlaubnis abtreten zu dürfen so spät, dass er gerade noch mit Mühe und Not in den Zug kommt.

Ob der Herr Unteroffizier seine Leute mit Nachexerzieren bestraft und ob er mit ihnen die beliebte Übung "hinlegen - auf" durchführt, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Der kommunistische Unteroffizier und seine Leute, sie sind einander würdig. Unteroffiziersdünkel hier, Bauchkriecherei dort. Wenn man bedenkt, dass sich die Kommunisten unter einander immer noch als "Genossen" anreden, könnte einem der Ekel in die Kehle steigen.

## Inflation in Beschimpfungen.

Der "Völkische Beobachter" hat zwischen Reichstagswahl und Eröffnung des Reichstags unentwegt Propaganda gemacht für eine Broschüre mit dem Titel "Die kommende Inflation, der Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft". Die wüste Spekulation auf die Börsenpanik dieser Tage, die wie ein Anreiz zu weiterer Kapitalflucht wirkte, ist seinerzeit kräftig gezeißelt worden.

Der Titel "Die kommende Inflation" ist bei dieser Broschüre alles, wie bei den Nationalsozialisten das Schlagwort alles ist. Der sachliche Inhalt ist jämmerlich, von Gedanken keine Spur. Wer wird auch hinter Hakenkreuzschlagworten Gedanken erwarten! Eine verlängerte geistesarme Hakenkreuzversammlungsrede berechnet auf die, die nur am Schlagwort kleben, das ist der ganze Inhalt dieses Machwerks. Kommende Inflation? Eine Inflation schon, aber nur eine Inflation der größten Schimpfereien auf die Republik und ihre Staatsmänner! So lesen wir auf Seite 25:

"Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages war eine Handlung, die richtig zu bezeichnen das Republikenschutzgesetz verbietet. Nur characterschwache Feiglinge konnten dazu gebracht werden. So können diese Volksverräter das eine für sich buchen, dass sie Millionen von Frauen und Kindern auf dem Gewissen haben."

Die Minister des ersten Reichskabinetts werden hier als characterschwache Feiglinge und Volksverräter beschimpft. Dem schliesst sich würdig eine Beschimpfung Rathenaus an, dem nachgesagt wird, er habe volksverräterisch die Versklavung des deutschen Volkes durch seine Rassengenossen herbeiführen wollen.

Die Broschüre wimmelt von ähnlichen Verstößen gegen das Republikenschutzgesetz. Das ist echt nationalsozialistisch! Eine wüste Schimpforgie, die auf



die Armen im Geiste berechnet ist, versehen mit einem auf die Panik spekulierenden Titel, nur dazu bestimmt, dem Mächer Geld einzubringen - das ist die kommende Inflation, die der "Völkische Beobachter" angepriesen hat!

### Selbstkritik.

---

Als Hitler noch nicht 107 Abgeordnete im Reichstag hatte, fasste er sein Urteil über den Reichstag kurz und drastisch wie folgt zusammen: Der Reichstag sei als Schwätzervereinigung ein Extrakt der Dummheit, der zum Regieren unfähig sei. Unmöglich könne eine Korporation, die auf Grund des Systems der Auslese der Feigsten und Dümsten gewählt werde, eine Nation führen. Er könne im Reichstag nur eine Auslese der Dummheit des Volkes sehen und er müsse dagegen protestieren, dass der Repräsentant einer Nation nur in der Dummheit gelegen sein soll.

Was aber für das Ganze gilt, muss auch für die Teile gelten! Demnach wären also auch die 107 nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag die "Auslese der Dummheit des Volkes" und ganz naturgemäss auch "die Auslese des feigsten und des dümmsten", was es selbst in der Partei Hitlers gibt!

### Bluttausch.

---

Das Hauptorgan der Nationalsozialisten hat einen literarischen Mitarbeiter namens Stolzing-Cerny. Dieser Mann schrieb kürzlich in einer Polemik gegen eine sozialdemokratische bayerische Zeitung: "Mich nennt der anonyme Kritikus den Leichenbeschauer des Dritten Reiches. Ich akzeptiere dieses Amt mit grösstem Vergnügen und freie mich heute schon darauf, alle die marxistischen Leicher beschauen zu können, die herum liegen werden, wenn das Dritte Reich aufersteht.

Der Bluttausch hat alle Nationalsozialisten von unten bis oben erfasst. Herr Hitler will Köpfe in den Sand rollen lassen und Herr Stolzing-Cerny freut sich schon auf das Blut und die Leichen, die er dann zu sehen bekommen wird!

### Nur für die Dummen.

---

Am 25. Oktober 1929 erklärte Hitler im "Völkischen Beobachter", dass er keinen Weg scheuen würde, der zur Freiheit führe, der Legalität der bestehenden Verfassung setze er die Legalität des Erfolges entgegen.

Im Leipziger Reichswehr-Prozess beschwor Hitler, dass er legal, ganz legal sei, und nur auf ganz legalem Wege Köpfe in den Sand rollen lassen werde.

Im Reichstage bezeichnete sein Parteifreund Strasser offen und höhnisch den Bruch eines Ehrenwortes als ein notwendiges und zu billigendes politisches Kampfmittel.

Die Herrschaften können mal so und dann wieder anders, wies gerade trifft. Ihre Schwüre und Ehrenwörter sind nur für die Dummen bestimmt. Leider gibt es sehr viele Dumme in Deutschland!

### Wo ist der Unterschied?

---

Zur Reichstagswahl reichte ein gewisser Wirth eine Kandidatenliste für die von ihm neugebildete "Partei der volksschulgebildeten Staatsbürger" ein. Die Liste wurde nicht zugelassen, Herr Wirth stürzte sich nun in die Propaganda. Die Polizei hat ihn jetzt in Haft genommen. Begründung: er ist geisteskrank, seine Entmündigung wegen Geistesschwäche besteht schon seit Jahren. Was wollte der Mann? Zuletzt hielt er Versammlungen ab über die Kanalisierung der Spree von Bautzen bis Berlin und über einen von ihm erfundenen Kahnwagen.

Geisteskrank, nun ja? Aber ist das alles nicht sehr vernünftig gegen das, was die Nationalsozialisten vorschlagen?

# aus aller Welt

## Tyrannenmord in Nachterstedt?

Wer tötete Bergwerksdirektor Kramer? - Der Schuss im Lichtkegel - Der Fund im Mühlgraben - Der Angeklagte Koch wird von seinen Angehörigen der Tat bezichtigt - Ist er ein Tyrannenmörder?

SPD.Halberstadt, 23.Okt.(Eig.Bericht)

In Halberstadt soll zurzeit durch eine umfangreiche Gerichtsverhandlung, zu der rund 50 Zeugen und zahlreiche Sachverständige geladen sind, die Frage geklärt werden, wer am 19.Februar dieses Jahres in Nachterstedt bei Halberstadt den Bergwerksdirektor Kramer erschossen hat. Der Tat angeklagt ist der Bademeister und Masseur Koch, der selbst jede Schuld bestreitet. Bis heute kann Koch, für den sich die Zeugenaussagen im allgemeinen sehr günstig gestalten, auch nicht als überführt gelten. Koch genießt starke Sympathien, der Ermordete war verhasst. Die, die immerhin an eine Möglichkeit der Schuld Kochs glauben, sind geneigt, ihn als "Tyrannenmörder" zu beurteilen, fast sogar als einen Wilhelm Tell von Nachterstedt zu feiern....

Selbstverständlich muss eine sachliche Gerichtsberichterstattung sich einer Stellungnahme bis zur völligen Klärung der Materie enthalten.

### Der "Aufkramer".

Nachterstedt ist ein Bergmannsdorf an der Bahnlinie nach Halle. Die 1800 Bewohner des Ortes finden mehr oder minder ihr kärgliches Auskommen durch die Arbeit, die ihnen die Braunkohlengrube "Concordia" gibt. Das Verhältnis zwischen Grubendirektion und Arbeitern war früher das denkbar beste. Als der alte Direktor Schneefuss die Grube und den Ort verließ, brachten ihm die Arbeiter zum Abschied einen Fackelzug. Ein neuer Mann kam als Direktor und mit ihm ein neues, weniger humanes System. Rigoros wurde abgebaut. Von der 1800 Mann starken Belegschaft waren inzwischen noch 800 übrig geblieben. Deshalb hatte der neue Direktor Kramer auch bald den Spitznamen: der Aufkramer. Alle Arbeiter fühlten über sich das Damoklesschwert baldiger Arbeitslosigkeit. Die frühere Anhänglichkeit der Arbeiter hatte sich in Hass verwandelt.

### Aus dem Hinterhalt!

Als am 19.Februar 1930 Direktor Kramer abends kurz nach sieben Uhr seine Villa betrat, fiel, gerade als er im Lichtkegel der Türampel stand, aus dem Hinterhalt ein Schuss: Direktor Kramer sank tot zu Boden. Neben ihm stand sein Freund, der Arzt Dr.Kaeding. Der Täter entkam im Dunkel der Nacht. Und - seine Spur blieb monatelang verborgen, obschon hohe Belohnungen den detektivischen Scharfsinn der Bevölkerung anstachelten.

Da - als es schon schien, als ob der Schütze von Nachterstedt niemals entdeckt werden würde - bezichtigte eines Tages die Frau des Bademeisters und Masseurs Koch, der von Kramer entlassen und nach dem anhaltischen Orte Hoym, der nahe Nachterstedt gelegen ist, verzogen war, ihren Ehemann der Tat. Die Frau gab an, dass ihr Mann Kramer gehasst habe, weil er von ihm entlassen worden war, und von Hass getrieben soll er den Direktor mit einem Infanteriegewehr, das er später in den Mühlgraben geworfen hätte, erschossen haben. Der Mühlgraben wurde am nächsten Tage abgelassen, und in der Tat fand man an der bezeichneten Stelle, mit Tüchern umwickelt, das Gewehr. Koch wurde verhaftet.

### Rache? Politik?

Koch bestreitet, Kramer erschossen zu haben. Niemals, sagt er, sei ein Gewehr in seinem Besitz gewesen. Die einzige Belastungszeugin ist seine Frau.

Sie wiederholt und ergänzt ihre Beschuldigungen und gibt als Motiv ihrer Anzeige an, dass sie von ihrem Manne bedroht und misshandelt worden sei. Wiederholt habe der Mann ihr nach dem Leben getrachtet. Einmal hätte er sie erschliessen wollen, ein ander Mal den Versuch gemacht, sie mit einem Rasiermesser zu töten. Auf diese Beschuldigungen sagt Koch nur: "Nichts von alledem ist wahr." Nun belasten aber auch die Kinder den Vater und stimmen der Mutter zu. Schliesslich spielen politische Dinge mit hinein, Koch gehörte dem "Stahlhelm" an und war Mitglied eines Kriegervereins. Seine beiden Jungen aus erster Ehe wollten zur Arbeiterjugend, er selbst hätte sie lieber im Werwolf gesehen. Wie die 12jährige Tochter Elfriede des Angeklagten vernommen wird, wird Koch aus dem Saale geführt. Das Kind bestätigt die belastenden Aussagen gleichfalls.

#### Entlastungszeugen.

Zu Beginn der Donnerstag-Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, dass er ein Schreiben erhalten habe, in dem Angaben über den wirklichen Täter enthalten seien. Der Brief sei aber anonym und infolgedessen unverwertbar. Anschliessend wurden eine Reihe von Zeugen vernommen, die sich sämtlich für Koch günstig äusserten, während sie der Frau des Angeklagten und ihrer Wahrheitsliebe ein recht schlechtes Zeugnis ausstellten. Es wurde beispielsweise die Mitteilung gemacht, dass Frau Koch einige Monate vor der Verhandlung tränenden Auges erklärt haben soll, dass sie beschwören könne, dass ihr Mann am 18. und 19. Februar überhaupt nicht aus dem Hause gekommen sei. Ein anderer Zeuge berichtete, wie Frau Koch ihm einmal erzählt habe, dass sie die Absicht hätte, ihren Mann zu vergiften.

Jetzt bezichtigt Frau Koch ihren Mann des Mordes...

+ + +  
Verurteilter Bezirksvorsteher. Das Erweiterte Schöffengericht in Frankfurt/Main verurteilte den 57 Jahre alten ehemaligen Bezirksvorsteher und Armenpfleger Richard Surek wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und die 59 jährige Witwe und Pensionsinhaberin Frau Fenner wegen Begünstigung in Tateinheit mit Hehlerei zu 4 Monaten Gefängnis. Der Fall Surek hatte seinerzeit in Frankfurt grosses Aufsehen erregt. Der Bezirksvorsteher, der sich vorher in allen möglichen Berufen versucht hatte, teilte am 29. Juli der Polizei mit, dass auf ihn ein Raubüberfall verübt worden sei, in dessen Verlauf ihm die ihm durch das Wohlfahrtsamt übergebenen Unterstützungsgelder in der Höhe von 5 200 Mark geraubt worden seien. Dabei wäre er durch einen Schuss in die Brust schwer verwundet worden. Wie sich später herausstellte, war die ganze Geschichte erfunden. Surek hatte das Geld beiseite geschafft und es bei seiner Freundin, Frau Fenner, versteckt. Die Wunde hatte er sich mit seinem Revolver selbst beigebracht. Die Waffe hatte er nach der Tat ins Klosett geworfen.

+ + +  
80 000 Eier verbrannt. In Essen brannten zwei hölzerne Schuppen ab, in denen grosse Buttervorräte und 80 000 Eier eingelagert waren. Das Schadenfeuer entstand durch Kinder, die mit Streichhölzern gespielt hatten.

+ + +  
Drillinge! Im Krankenhaus in Brünn gebar eine Frau, die bereits Mutter von neun Kindern ist, Drillinge: zwei Knaben und ein Mädchen.

+ + +  
Porzellan-Rosenthal verunglückt. In der Nähe von Lichtenfels verunglückte bei einer Autofahrt der bekannte Porzellanindustrielle Philipp Rosenthal. Rosenthal und seine Begleiter wurden aus dem Wagen geschleudert und erheblich verletzt.

+ + +  
Die Jagd nach dem Drachen. Auf der niederländisch-indischen Insel Komodo sind zurzeit zwei Expeditionen auf der Jagd nach einer besonders seltenen Eidechse, die im ausgewachsenen Zustand 30 Fuss lang sein soll.

+ + +

Ehre den Ozeanfliegern! Zu Ehren der französischen Transozeanflieger Costes und Bellonte, die am Freitag morgen auf dem Dampfer "Isle de France" aus Amerika in Le Havre ankommen werden, sind eine Reihe nationaler Festlichkeiten vorgesehen, die nicht weniger als fünf Tage in Anspruch nehmen werden. Der erste Teil des Festprogramms wird sich in Le Havre abspielen. Spezialmonteure werden unterdessen den auf der "Isle de France" mittransportierten Flugapparat "Fragezeichen" aufmontieren; auf ihm gedenken die Ozeanflieger am Sonnabend vormittag die Reise nach dem bei Paris gelegenen Flugfeld Le Bourget zurückzulegen. In Le Bourget werden Costes und Bellonte vom französischen Luftfahrtminister Laurent-Eynac empfangen und von ihm um zwei Uhr in das Präsidentenpalais geführt werden, wo die Glückwünsche der Gesamtregierung entgegengenommen werden sollen. Vor dem Pariser Rathaus ist eine grosse Tribüne errichtet worden, von der aus die Flieger Reden halten werden. Wie die Blätter melden, wird auch das deutsche Riesenflugzeug Do X. am Freitag vormittag in Le Havre ankommen und im Atlantik-Hafen in der Nähe der Landungsstelle der "Isle de France" vor Anker gehen.

+ + +  
"Für 50 Mark Notzucht". In einer Revisionsverhandlung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin wurde ein Kaufmann K., der an einer Frau Anna R. angeblich einen Notzuchtsversuch verübt haben soll, freigesprochen. In einer früheren Verhandlung war der Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden; das Reichsgericht hatte jedoch aus verschiedenen Gründen dieses Urteil aufgehoben. Der schwerkriegsbeschädigte Angeklagte kann sich nur auf zwei Krücken fortbewegen. Trotzdem behauptete die Hauptbelastungszeugin Frau R., dass der Angeklagte, als er sich einmal bei ihr im Zimmer befand, seine Krücken fortgestellt und sich auf Frau R. gestürzt habe. Sie will in der Abwehr den Angeklagten gegen einen Schrank gestossen haben. In der Verhandlung anwesende Aerzte erklärten, die Schilderung nicht für glaubwürdig, da sich der Angeklagte garnicht ohne Krücken fortbewegen könne. Ausserdem berichtete ein Zeuge, wie er gesehen habe, wie sich Frau R. nach dem angeblichen Sexualanschlag auf sie eigenhändig die Haare zerzaust habe. Im übrigen soll Frau R. diesem Zeugen erklärt haben, dass sie die Sache als erledigt betrachten würde, falls K. 50 Mark "Entschädigung" an sie zahle. Frau R. bestritt diese Behauptung vor Gericht. Verteidiger und Staatsanwalt beantragten Freisprechung. Das Gericht erkannte entsprechend, indem es in seiner Begründung feststellte, dass die Belastungszeugin zumindest zum Teil die Unwahrheit gesagt habe.

+ + +  
Mahren wieder freigelassen. Der unter dem Verdacht, der vor drei Jahren erfolgten Ermordung der Adele Franken verhaftete Gärtner Lambert Mahren aus Düren, musste wegen unzureichenden Belastungsmaterials wieder freigelassen werden.

+ + +  
Eine Leiche zuviel! Eine seltsame Geschichte hat in Marseille von neuem den Namen des vor einigen Monaten spurlos verschwundenen britischen Konsuls Lee in aller Munde gebracht. Auf einem Marseiller Friedhof stellte man vor einigen Tagen fest, dass sich in der Leichenhalle ein Sarg befindet, der nicht den üblichen Identitätszettel trug. Niemand wusste, woher der Sarg stammt. Nachforschungen ergaben, dass von den ordnungsgemäss eingetragenen Leichen keine fehlte. Die gerichtsärztliche Untersuchung der mysteriösen Leiche hat keine Aufklärung gebracht, da sich der Körper des Toten in fortgeschrittener Verwesung befindet. Einige Kriminalbeamte, die den Fall Lee bearbeitet hatten, wollten glauben machen, dass es sich bei der überzähligen Leiche um den verschwundenen Konsul handele. Der Beweis hierfür bleibt noch zu führen.

+ + +

Zuchthaus für Rechtsanwalt. Der frühere Breslauer Rechtsanwalt und Notar Dr. Kurt Krause wurde wegen Amtsvergehens, Beseitigung von Urkunden und Unterschlagung von 3000 Mark zu 1 3/4 Jahren Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Revolte im Erziehungshaus. In der Fürsorgeanstalt Bielefeld-Schildesche kam es, veranlasst durch eine Prügelei zwischen älteren und jüngeren Zöglingen der Anstalt, zu einer Revolte. Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände wurden zum Teil zertrümmert. 18 Zöglinge entwichen, 8 von ihnen kehrten später in die Anstalt zurück.

Gefängnis für Reichsbahndirektor. Der wegen fortgesetzter schwerer passiver Bestechung vom Schöffengericht Berlin-Mitte vor einiger Zeit zu 2 500 Mark Geldstrafe verurteilte Reichsbahndirektor Wilhelm Neumann wurde nach umfangreicher Berufungsverhandlung von der Strafkammer des Landgerichts I in Berlin dem Antrag des Staatsanwaltes entsprechend zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Direktor Neumann, der Dezent in im Reichsbahnzentralamt war, hatte eine Aussenseiterfirma mit Aufträgen in einem Masse bedacht, das Aufsehen erregen musste. Es stellte sich heraus, dass Neumann von dieser Firma im Laufe der Zeit finanzielle und andere materielle Zuwendungen im Gesamtwert von 5000 Mark erhalten hatte,

Grossfeuer in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein wüteten am Donnerstag mehrere grosse Schadenfeuer. Der in der Nähe von Fockbeeck gelegene Besitz des Landwirts Oelschläger wurde bis auf die Grundmauern eingeäschert. Die Bewohner, die bei Ausbruch des Feuers schliefen, konnten rechtzeitig gerettet werden. Mitverbrannt sind erhebliche Stroh- und Erntevorräte. In der Ortschaft Westrefeld in Nordschleswig wurde ein Wirtschaftsgebäude des Landmannes Jensen durch Schadenfeuer völlig vernichtet. Mehrere Schweine und Erntevorräte verbrannten. In der Siedlung Nettelburg wurde eine Gastwirtschaft, in der vier Familien wohnten, durch ein Schadenfeuer in Asche gelegt; die vier Familien sind obdachlos.

Rätsel um eine Säuglingsleiche. Auf dem Bahnsteig der polnischen Stadt Kostuchna fand ein Bahnbeamter die Leiche eines neugeborenen Kindes, das wahrscheinlich während der Dunkelheit aus dem Abteil eines durchfahrenden Zuges herausgeworfen worden war. Die polizeilichen Ermittlungen verliefen ergebnislos.

1500 Meter hoher Turm? Auf einem Kongress der amerikanischen Stahl-Kompagnie erklärte Ingenieur Gilbert D. Fish von der Westinghouse Electric Co., dass es nach seinen Berechnungen möglich sei, einen Stahlturm von 1 1/2 km Höhe zu bauen. Die Basis des Turms müsste eine Ausdehnung von 2 500 Quadratmetern besitzen.

Bauerndrama. Auf dem Gehöft des Bauern Antony Szewcyk in dem polnischen Orte Petrikau entstand aus bisher unbekanntem Gründen ein Brand, der das Wohnhaus und die Scheune des Landwirts zerstörte. Szewcyk nahm sich das Unglück so zu Herzen, dass er nachdem er vergeblich versucht hatte, sich zu erdrosseln, in den Brunnen seines Gehöftes sprang und dort ertrank.

Im Teerkessel verbrannt. In Colmar (Elsass) stürzte der 29jährige Asphaltarbeiter Bass während der Arbeit in einen mit kochendem Teer gefüllten Kessel. Der Verunglückte konnte nicht mehr gerettet werden; die Arbeitskollegen konnten nur den verkohlten Leichnam bergen.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Einigt Euch!

Reichskonferenz sozialdemokratischer Beamter des DEB.

SPD. Es gibt sozialdemokratische Beamte, die im freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamten-Bund und solche, die im Deutschen Beamten-Bund organisiert sind. Zwischen den beiden Gruppen schwelt seit Jahr und Tag ein unerfreulicher Streit. Immer wieder wurde von irgendeinem Kampfhahn der Streit vor neuem entfacht und zeitweilig schien es, als ob das Kriegsbeil überhaupt nicht wieder begraben werde.

Der neutrale parteigenössische Beobachter dieses erbitterten und verbitterten Kleinkriegs konnte als Effekt dieser ewigen Fehde immer nur eins feststellen: Schwächung der Werbekraft der Partei. Und deshalb war es für ihn erfreulich, dass der soeben im Zusammenhang mit der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Berlin stattgefundenen Reichskonferenz sozialdemokratischer Beamter über alle Differenzen, Vorwürfe und Beschwerden hinweg der Wille zur Verständigung und Versöhnung mit den Parteifreunden im freigewerkschaftlichen Beamtenlager zum Durchbruch kam. Vor allem war der Vortrag Fricks von den Postbeamten, der den Charakter und die Ziele der Arbeitsgemeinschaft näher beleuchtete, von diesem Willen zur Verständigung getragen. Der Gedankengang seiner Ausführungen lässt sich kurz folgendermassen zusammenfassen:

Wir stehen in einem kritischen Augenblick. Die Frage der Stunde ist: Wie sichern wir die demokratischen Grundlagen des Staates? Nicht Rückblick auf Vergangenes, nicht Aufreissen vernarbter Wunden, sondern Blick nach vorwärts ist notwendig. Der Nazi hat in der Beamtenschaft gewaltige Fortschritte gemacht, nicht zuletzt, weil die Anziehungskraft der Partei innerhalb des Beamtentums durch Differenzen und Zank geschwächt worden ist. Besinnung, Verständigung und Zusammenhalt tun bitter not, denn der Winter wird für die Republik zu einer grossen Belastungsprobe werden. Der Einfluss der Partei in der Beamtenschaft muss unbedingt verstärkt werden, denn der republikanisch-demokratische Staat braucht Beamte, auf die er sich verlassen kann. Das ist das Ziel der Arbeitsgemeinschaft. Damit sie aber für dieses Ziel mit aller Kraft arbeiten kann, muss innerhalb der Partei absolute Gleichberechtigung aller sozialdemokratischen Beamten herrschen. Die Arbeitsgemeinschaft verkennt nicht, dass im Deutschen Beamtenbund trotz seiner parteipolitischen Neutralität verschiedene politische Richtungen bestehen. Geht der Einfluss der sozialdemokratischen Beamten zurück, dann muss naturgemäss ein Abrutsch des DEB nach rechts erfolgen und es wird dann immer schwieriger, die bisher von ihm beobachtete gewerkschaftliche Linie zu halten. Die Stellung der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ist keine Kampfstellung. Auf der andern Seite können sich aber ihre Mitglieder als Parteigenossen auch nicht dauernd ohrfeigen lassen. Unser Ziel und unser Wunsch ist, als Parteigenossen mit den Genossen im ADB zusammenzuarbeiten und die Fraktion in ihrer beamtenpolitischen Arbeit zu unterstützen. Das muss bei einer kräftigen Führung des Parteivorstandes durchaus möglich sein. Darüber hinaus wollen und sollen die sozialdemokratischen Beamten des DEB draussen im Lande mit den Parteigenossen aus dem Lager der freigewerkschaftlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter vielmehr als bisher in engster Fühlungnahme im Interesse der Partei werben und wirken. Es fehlt noch immer sehr an einem engren und herzlichen Kontakt zwischen Beam-

ten und Arbeiterschaft. Wir brauchen diesen Kontakt, wenn wir einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Feinde der Republik führen und mit Selbstverleumdung und Opfermut für die Partei eintreten wollen.

Der starke Beifall, den Frick mit seinem Appell zur Verständigung der gewerkschaftlich getrennt marschierenden sozialdemokratischen Beamten auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft erzielte, zeigte, dass er vielen Konferenzteilnehmern aus dem Herzen gesprochen hatte. Im Verlauf der Aussprache, an der sich u.a. auch Steinkopf, Kugler und andre bekannte Beamtenführer beteiligten, fiel manch scharfes und von Bitterkeit erfülltes Wort - immer wieder aber erwies sich die Front derer, die erkannt haben, dass sich die sozialdemokratischen Beamten nicht länger den Luxus eines unfruchtbaren und vielfach persönlich zugespitzten Zwistes leisten können, so stark ist, dass mit einer Beendigung des Bruderzwists gerechnet werden kann.

Stelling vom Parteivorstand unterstrich mit einigen markanten Sätzen noch einmal den Gedankengang Fricks, der richtig in der Frage gegipfelt habe: was ist zu tun, damit alle sozialdemokratischen Beamten zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Angestellten die Partei vorwärts bringen? Bei allem Verständnis für die Ursachen so mancher Verbitterung - betonte Stelling - dürfe nicht übersehen werden, dass die Situation für Zank und Streit zu ernst sei. Hüben und drüben seien Fehler gemacht worden, und bei ernster Gewissenserforschung müsse sich so mancher Ankläger überlegen, ob er das Recht habe, auf andere Steine zu werfen. Wenn die Tagung der Arbeitsgemeinschaft den Weg zur Verständigung geebnet habe - auf beiden Seiten sei Entgegenkommen notwendig - dann bedeute die Tagung einen erfreulichen Schritt vorwärts zu der - ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche Dinge - unerlässliche kameradschaftliche parteigenössische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Beamten. In der Partei gebe es keine Parteigenossen erster und zweiter Klasse, sondern nur Kameraden, die heute mehr denn je über alle kleinlichen Differenzen hinweg den Blick auf die grosse Kampfaufgabe: Erhaltung der Weimarer Verfassung und der Demokratie zu richten haben. Sind diese verloren, dann brauchen sich auch die sozialdemokratischen Beamten im DBB und im ADB nicht mehr miteinander zu streiten; dann werden beide Gruppen an die Wand gedrückt.

Fricks Appell zur Verständigung fand seinen Niederschlag in einer von der Konferenz einstimmig angenommenen Entschliessung, worin die Arbeitsgemeinschaft gegenüber allen Feinden der Republik unverbrüchliche Treue dem demokratischen Volksstaat bekundet, der Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung ausspricht und gelobt, alle Kraft für die Partei einzusetzen in der selbstverständlichen Erwartung, dass innerhalb der Partei sozialdemokratische Beamte wegen ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit zum Deutschen Beamtenbund in keiner Weise benachteiligt werden. Die streikenden Berliner Metallarbeiter versicherte die Konferenz in einer besonderen Entschliessung ihrer vollen Sympathie aus, und den Opfern der Aachener Grubenkatastrophe sprach sie durch ihren Vorsitzenden Winkler ihr Mitgefühl und ihre tiefste Anteilnahme aus.

Die Neuwahl der Leitung der Arbeitsgemeinschaft brachte folgendes Resultat: Vorsitzender Winkler, stellvertretender Vorsitzender Frick und Schriftführer Strathmann.

---

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, die im Laufe des September um rund 3500 in der ersten und um rund 11000 in der zweiten Hälfte des Monats gesunken war, hat sich, wie die Reichsanstalt mitteilt, in der ersten Hälfte des Monats Oktober nur noch um etwa 14 000 verringert; sie belief sich am 15. Oktober auf rund 1 491 000. Im gleichen Zeitpunkt wurden über 488 000 Krisenunterstützte gezählt, d.h. um etwa 16 000 mehr als Anfang des Monats. Die Gesamtbelastung beider Unterstützungseinrichtungen hat mithin eine Zahl von rund 1 980 000 erreicht. Sie ist damit

um etwa 14 000 höher als Anfang Oktober.

Die Meldungen verfügbarer Arbeitssuchender, die bei den Arbeitsämtern am 15. Oktober vorlagen, beliefen sich auf nahezu 3 184 000, von denen etwa 3116 000 als tatsächlich arbeitslos gelten können. Die starke Zunahme dieser Zahl gegenüber dem vorigen Berichtsabschnitt - um rund 112 000 - ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die von den Gemeinden unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen mehr als bisher von der Statistik der Arbeitsämter erfasst werden. Auch die Zugänge entlassener Angestellter dürften, wie stets zum Quartalswechsel, zum Anschwellen dieser Zahl beigetragen haben. Die Zunahme vom 15. September bis zum 15. Oktober beläuft sich auf rund 133.000. Die ständige Zunahme kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse mit der dadurch hervorgerufenen Fluktuation, schliesslich auch ein aus der allgemeinen Wirtschaftslage erklärliches stärkeres Angebot von Personen, die bisher nicht als Arbeitnehmer oder überhaupt nicht erwerbstätig waren (bisher Selbständige, Frauen, Jugendliche), dürften weiter zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Es ist also ein weiteres Absinken des Beschäftigungsgrades festzustellen. Mit Ausnahme von Pommern sind alle Bezirke von der Zunahme der Arbeitslosen betroffen, besonders stark Brandenburg, Nordmark, Rheinland, Sachsen und Südwestdeutschland.

+ + +

Auch in Frankreich wird, wie der Pariser "Peuple" mitteilt, im kommenden Winter die Arbeitslosenziffer, die bei der letzten offiziellen Zählung 1 004 betrug, anwachsen. In der nordfranzösischen Metallindustrie und in den grossen Autoreifen-Werken von Michelin ständen infolge Produktionsschwierigkeiten grosse Arbeiterentlassungen bevor. Glücklicherweise habe Frankreich für den Fall, dass sich wirklich ein nicht unterzubringender Ueberschuss an Arbeitskräften bemerkbar machen sollte, vorgesorgt; es habe eine Drosselung der Arbeiterzulassungen aus fremden Ländern vorgenommen.

+

Die Arbeitslosigkeit der Vereinigten Staaten wird im Augenblick, abzüglich der stationären Arbeitslosigkeit, auf 3,5 Millionen geschätzt. Neuerdings tauchen drüben in der Beurteilung der Wirtschaftskrise optimistische Stimmen auf, daneben aber auch solche, die eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit voraussagen. Unter diesen Umständen gewinnt die Beurteilung der Situation durch den Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Green besonderen Wert. Er erklärte, es sei eine Wendung zum Besseren zu beobachten. Die Gewerkschaften von 24 grossen Städten hätten im September durchschnittlich 21 % Arbeitslose gemeldet gegen 22 % im Juli und August. Seit drei Jahren sei dies das erste Mal, dass die Lage der Verbände sich nahezu allgemein verbessert habe. Selbstverständlich sei die Arbeitslosigkeit noch immer enorm gross und selbst, wenn sich die Lage im Oktober wesentlich bessere, würden immer noch Millionen einem schlimmen Winter entgegen gehen.

-----

SPD. Kein Kündigungsschutz für Ersatzmitglieder der Betriebsvertretung? Vor dem Berliner Arbeitsgericht klagte ein entlassener kaufmännischer Angestellter. Er hielt seine Kündigung für ungültig, weil sie in der Zeit ausgesprochen wurde, wo er den beurlaubten Vorsitzenden des Angestelltenrates vertretete. Der Kläger war Ersatzmitglied der Betriebsvertretung und glaubte, dass er den Kündigungsschutz des Betriebsrätegesetzes für die Zeit genießt, in der er vertretungsweise das Amt des Betriebsratsvorsitzenden ausüben musste.

Das Berliner Arbeitsgericht war anderer Meinung und wies daher die Klage ab. Nach seiner Auffassung kann die Schutzverordnung nur auf ordentliche Mitglieder des Betriebsrates angewendet werden. Auch an einen vorübergehenden Kündigungsschutz für ein amtierendes Ersatzmitglied der Betriebsvertretung sei



im Gesetz nicht gedacht worden.

Diese Auffassung ist falsch. Selbstverständlich genießt ein Ersatzmitglied der Betriebsvertretung bei Uebernahme des Amtes eines beurlaubten Angestelltenratsvorsitzenden auch die Rechte des Vorsitzenden. Natürlich gibt es einen Kündigungsschutz der Ersatzmitglieder für die Dauer der Vertretung. Das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts ist ein Fehlurteil.

---

SPD. Die Krankenversicherung leidet, wie auf der Tagung der Internationalen Zentralstelle von Verbänden der Krankenkassen und Hilfsvereine in Dresden bei der Erstattung des Geschäftsberichts von Georges Petit - Lille mitgeteilt wurde, zur Zeit in allen Ländern unter der Wirtschaftskrise und den Vorstößen der Sozialreaktion; überall sei die Selbstverwaltung der Krankenkassen bedroht; vielfach sei sie eingeschränkt oder in Staaten, die wie Polen sich nicht endgültig auf den Boden der Demokratie gestellt haben, sogar aufgehoben. Trotzdem nehme die Zahl der Krankenversicherungsgesetze von Jahr zu Jahr zu. Versichertenzahl und Leistungen seien gestiegen.

Rund 60 Millionen Menschen unterliegen, wie in der Aussprache über den Geschäftsbericht festgestellt wurde, zur Zeit der obligatorischen Krankenversicherung. Der Internationalen Zentralstelle sind 30 Millionen Versicherte angeschlossen.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas betonte auf der Tagung der Zentralstelle, Sozialpolitik und Sozialversicherung brauchten sich vor dem Tribunal der Wirtschaft nicht mehr zu rechtfertigen. Lebensfähig sei nur jene Wirtschaft, die in der Lage sei, neben einem ausreichenden Reallohn Versicherungsbeiträge zur Deckung des Versicherungsbedürfnisses aufzubringen. Allerdings sei sparsame Verwaltung der Versicherungsmittel ein unbedingtes Erfordernis. Ohne methodische Ueberwachung könnten die Kassen nicht die Verantwortung für den ärztlichen Dienst übernehmen.

In seinem Bericht über die Kontrolle des kassenärztlichen Dienstes kam Helmut Lehmann vom Hauptverband deutscher Krankenkassen zu dem Schluss, dass dann, wenn die Krankenfürsorge als Naturalleistung gewährt werde, eine rechtzeitige Nachprüfung der ärztlichen Verordnungen und Gutachten einsetzen müsse. Träger der Kontrolle müsse je nach dem Arztsystem der Versicherungsträger, oder ein von der ärztlichen Organisation sowie vom Versicherungsträger paritätisch beschickter Ausschuss sein. Aushilfsweise werde die Gewährung von Barleistungen der Versicherung zur Erstattung der den Versicherten aus selbstgeschaffter Krankenpflege erwachsenen Kosten nicht zu entbehren sein. Dadurch werde eine besondere Kontrolle des kassenärztlichen Dienstes zwar entbehrlich, aber die Versicherung als Träger der Volksgesundheit ausgeschaltet.

Minister a.D. Dr. Prochazka, Oberphysikus der Stadt Prag, forderte auf der Tagung die Errichtung eines grossen internationalen Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung der Psychologie und Pathologie der Arbeit sowie zum Studium der sozialen und Berufskrankheit.-

+ + +

Die internationale Regelung der Invalidenversicherung soll nach einem auf Antrag der Deutschen Regierung vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes getroffenen Beschluss im Jahre 1932 vorgenommen werden.

---

# Wirtschaft Technik Handel

## Die öffentliche Verschuldung.

Reichsfinanzstatistik rechtfertigt die öffentliche Wirtschaft.

SPD. Ueber die Verschuldung der öffentlichen Hand liegt nunmehr auf Grund der Reichsfinanzstatistik vollständiges Zahlenmaterial vor. Die Ergebnisse der Untersuchung widerlegen aufs schlagkräftigste die Behauptungen und Hetzereien, die der öffentlichen Finanzwirtschaft Verschwendung, leichtfertige Schuldenwirtschaft sowie unproduktive Verwendung der aufgenommenen Kredite vorwerfen.

Die grosse Neuverschuldung der öffentlichen Hand seit der Stabilisierung ist durch die aussergewöhnlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben hervorgerufen worden, die den öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen in der Wiederaufbauperiode nach den Zerstörungen der Kriegs- und Inflationsjahre gestellt waren. Die gesamte öffentliche Verschuldung, die Ende 1929 einschliesslich der öffentlichen Unternehmungen ca. 23 Milliarden erreichte, bleibt zwar noch erheblich hinter dem Schuldenstand der öffentlichen Hand der Vorkriegszeit mit 32,6 Milliarden zurück, aber der Zuwachs der öffentlichen Verschuldung seit der Stabilisierung mit ca 16 Milliarden erscheint doch absolut sehr hoch. Vergleicht man aber die Neuverschuldung der letzten 6 Jahre mit der öffentlichen Schuldzunahme in den letzten 6 Vorkriegsjahren, so ergibt sich unter Berücksichtigung der Veränderung des Geldwerts trotz der ausserordentlichen Erweiterung des Aufgabenkreises der öffentlichen Hand keine übermässige Steigerung im Wachstum der öffentlichen Schulden gegenüber der Zeit vor dem Kriege.

In dem Jahresabschnitt 1908-1914 betrug die jährliche Zunahme der öffentlichen Schulden 1,3 Milliarden, in den letzten 6 Jahren betrug unter Abzug der für die Erfüllung unmittelbarer Kriegsverpflichtungen aufgenommenen Anleihen der Schuldenzuwachs der öffentlichen Hand 2,4 Milliarden Mark im Jahr. Unter Berücksichtigung des veränderten Geldwertes liegt also die Schuldzunahme seit der Stabilisierung nur um etwa 20% höher als in den letzten Vorkriegsjahren, obwohl die öffentlichen Körperschaften für völlig neue Aufgaben, wie z.B. das Wohnungswesen, grosse Aufwendungen leisten mussten und der Umkreis der öffentlichen Wirtschaft sich ausserordentlich erweitert hat.

Ueber die Verwendung der neuen Schulden liegen für den Stand vom März 1928 Angaben vor, aus denen hervorgeht, dass rund 70% der Verschuldungssumme für die öffentlichen Unternehmungen und die Wirtschaftsförderung Verwendung gefunden haben.

Zeigt so schon das Gesamtbild der öffentlichen Schulden, dass der öffentlichen Anleiheaufnahme zum weit überwiegenden Teil als Gegenwert Investitionen und volkswirtschaftliche Kapitalbildung gegenüberstehen, so gilt das Gleiche auch für die viel befandete Verschuldung der Gemeinden. Die Schulden der Gemeinden zeigten schon in der Vorkriegszeit die Tendenz eines raschen Wachstums, die sich naturgemäss in der Nachkriegszeit durch das Fortschreiten der Kommunalisierung und durch den erweiterten wirtschaftlichen Aufgabenkreis der Kommunen fortsetzen musste.

Hieraus erklärt sich die hohe Neuverschuldung der Gemeinden. Diese betrug

Ende 1929 7,6 Milliarden Mark und dürfte gegenwärtig 8 Milliarden Mark überschritten haben. Der Verschuldungszuwachs betrug im Jahresdurchschnitt der letzten 6 Jahre 1330 Millionen. Von der gesamten Neuverschuldung der Gemeinden sind nach einer Erhebung vom 31.3.1928 60% für den Wohnungsbau, die Versorgungsbetriebe und das Verkehrswesen verwandt worden, weitere 11% zu Aufwendungen für die sonstigen Gemeindeanstalten (Kanalisation, Schlacht- und Viehhöfe, Markthallen) und Gemeindeunternehmungen (Sparkassen, Banken, Land- und Forstwirtschaft) ferner für Baustoffbetriebe sowie zur allgemeinen Wirtschaftsförderung verwandt worden, so dass also auch von den Gemeindeschulden mehr als 70% unmittelbar zu werbenden Zwecken Verwendung gefunden haben.

Von der Neuverschuldung der Gemeinden entfallen noch nicht 10% auf Auslandsschulden. Die gesamten Auslandsschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1929 auf 745 Millionen Mark bei einer Gesamtneuverschuldung von 7,6 Milliarden Mark. Die Auslandsschulden der verselbständigten Gemeindeunternehmungen beliefen sich nach der Erhebung vom 31. März 1929 auf 300 Millionen Mark. Auch im Rahmen der gesamten Auslandsverschuldung hält sich die Schuldenaufnahme der Gemeinden und Gemeindeunternehmungen in durchaus angemessenen Grenzen. Die gesamte ausländische Anleiheaufnahme betrug Ende 1929 6,6 Milliarden. Hiervon entfielen auf Gemeinden, Gemeindeverbände und rechtlich selbständige Gemeindeunternehmungen 1045 Millionen, also weniger als 1/6 der gesamten deutschen Neuverschuldung im Auslande. Der Bericht des Statistischen Reichsamts unterstreicht die Produktivität der kommunalen Auslandsverschuldung. Wir zitieren die wichtigsten Stellen:

"Von grundlegender Bedeutung für die Frage der kommunalen Auslandsverschuldung ist die Verwendung der zugeflossenen Kapitalien. Die Betrachtung der Verwendungszwecke ergibt ein verhältnismässig günstiges Bild. Der weitaus grösste Teil der Auslandskredite ist Aufgaben zugeführt worden, die mindestens in dem Sinne als "produktiv" anzusprechen sind, als Verzinsung und Tilgung durch steigende Erträge aufgebracht werden können. Inwieweit die Investitionen von Auslandskapital auch zu einer grösseren Aktivität der Gesamtwirtschaft gegenüber dem Ausland beigetragen haben, ...lässt sich aus Unterlagen nur annähernd beurteilen. Von 523,9 Millionen Auslandsschulden der Gemeinden über 10 000 Einwohner sind 90% zum Ausbau von Unternehmungen und Betrieben verwendet worden."

Die Ergebnisse der Schuldenstatistik und ihre Kommentierung durch das Reichsamt widerlegen also die masslosen Angriffe der Privatwirtschaft gegen die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand. Die Frage der kommunalen Anleiheaufnahme wird in kurzem wieder grundsätzlich zur Diskussion stehen. Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen ist nur provisorisch bis zum November verlängert worden. Dann soll eine Neuregelung erfolgen, deren Grundzüge von der Regierung im Sommer veröffentlicht wurden und die bei den Kommunen wegen der ungerechtfertigten und unwürdigen Knebelungsvorschriften, die sie für die Finanzgebäuerung der Kommunen vorsah, stärksten Protest hervorgerufen hat. Aus den Erhebungen der Reichsfinanzstatistik geht eindeutig hervor, dass die Verschuldung der Kommunen zum weit überwiegenden Teil unaufschiebbaren produktiven Zwecken gedient hat und dass die Anleiheblockade, die seit mehr als zwei Jahren über die Kommunen verhängt wurde, sachlich nicht zu rechtfertigen ist.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926=100) stellt sich für die Woche vom 13. bis 18. Oktober auf 93,9 gegenüber 94,3 in der Vorwoche. Die Gruppe Bergbau und Schwerindustrie ist von 90,2 auf 90,8 gestiegen, während die Gruppe verarbeitende Industrie von 82,8 auf 82,2 und Handel und Verkehr von 117,8 auf 116,8 gefallen sind.

SPD. Die für den Ruhrbergbau angekündigte Preissenkung und die inzwischen beschlossenen Preiserhöhungen im oberschlesischen Steinkohlen- und Rheinischen Braunkohlenbergbau lassen die Frage sehr akut erscheinen, wie sich der Abbau der Kohlenpreise auf die Selbstkosten der Industrie und auf den Konsum auswirken.

In seinem neuesten Wochenbericht hat das Institut für Konjunkturforschung zu dieser Frage Stellung genommen. Die Untersuchung des Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass für die gesamte deutsche Industrie der Kohlenverbrauch etwa 3% des Brutto-Produktionswertes ausmacht. Es ergeben sich jedoch grosse Unterschiede bei den einzelnen Industrien, da der Kostenanteil der Kohle in den Kraft- und Grundstoffindustrien besonders hoch ist. Der Kostenanteil verringert sich im allgemeinen umso mehr, je näher die betreffende Industrie dem Konsum steht. Im einzelnen belaufen sich die Kosten des Kohlenverbrauchs bei der Roheisengewinnung auf 30%, bei den Elektrizitätswerken auf 20 bis 30%, bei der Zementindustrie auf 12-15%, in der Papier- und Pappindustrie auf 10% und in der Ziegel- sowie Glasindustrie auf etwa 7% des Produktionswertes. Der Kostenanteil der Kohle sinkt bei reinen Konsumindustrien wie der Textil- und Lederindustrie auf 1-2% des Produktionswertes.

Für die gesamte Industrie errechnet das Institut für Konjunkturforschung bei einem durchschnittlichen 6%igen Preisabbau eine unmittelbare Verminderung der Betriebsausgaben um etwa 100 Millionen. Im einzelnen würde bei einer Industrie, in der die Kohlenausgaben 30% des Brutto-Produktionswertes betragen, eine Senkung der Kohlenpreise um 6% zu einer Verbilligung der Produktion um 1,8% führen. Dagegen werden die unmittelbaren Auswirkungen der Kohlenpreissenkung bei der verarbeitenden Industrie geringer sein. Für diese Industrie kommen jedoch die indirekten Einwirkungen noch in Betracht, die sich als Folge der Kohlenpreissenkung in einem Abbau der Verkehrstarife der Rohstoffpreise und Halbfabrikate einstellen.

Der jährliche Verbrauch an Hausbrandkohle ist auf etwa 1,5 bis 1,7 Milliarden zu schätzen. Eine allgemeine Ermässigung der Kohlenpreise würde daher bei gleichbleibendem mengenmässigen Verbrauch den Konsumenten jährlich um 90 bis 100 Millionen entlasten. Dieser Betrag dürfte zum Teil einer Zunahme des Hausbrandbedarfs zugute kommen, zum weitaus grösseren Teil jedoch für andere Verbrauchsausgaben frei werden.

---

#### Berliner Milchpreis.

---

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober: für A-Milch 18 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 24. bis 30. Oktober auf 95% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch  $\frac{1}{2}$  Pfennige je Liter, für b) molkereimässig bearbeitete Milch  $1 \frac{3}{4}$  Pfennig je Liter.

---

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

---

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,- bis 1,30, Rote 1,30 bis 1,50, Odenwälder Blaue 1,10 bis 1,30, andere gelbfleischige Kartoffeln 1,40 bis 1,70 Mark. Markt in Berlin überfüllt.

Roggen fester, Weizen ruhig.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Oktober)

SPD. An der Berliner Produktenbörse konnte Roggen am Donnerstag seinen Preisstand wieder merklich befestigen. Nach den Preisrückgängen der letzten Tage machte sich grösseres Deckungsbedürfnis bemerkbar. Da gleichzeitig das Angebot geringer geworden war, gingen die Kurse für prompte Ware um etwa 3 Mark in die Höhe. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne ähnlichen Ausmasses festzustellen. Ruhiger blieb der Weizenmarkt. Hier lag reichliches Angebot vor, das nur letzte Preise erzielte. Nur die späteren Sichten am Markte der Zeitgeschäfte waren etwas höher. Mehl wurde zu unveränderten Preisen offeriert. Etwas mehr Kauflust zeigte sich für billige Roggenmehle. Hafer hatte ruhiges Geschäft.

	<u>22. Oktober</u>	<u>23. Oktober</u>
	( ab märkische Station in Mark )	
Weizen	220 - 222	221 - 223
Roggen	142 - 144	144 - 146
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industriergerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 154	141 - 152
Weizenmehl	27,00-35,00	27,00-35,00
Roggenmehl	23,25-26,50	23,40-26,50
Weizenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75
Roggenkleie	6,75- 7,25	6,75- 7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 236 (Vortag:236)

Dezember 244 $\frac{1}{2}$  (244), März 261 (260 $\frac{1}{2}$ ). Roggen Oktober 157 Geld (154), Dezember 167 - 166 $\frac{1}{2}$ -168 (164 $\frac{1}{2}$ ), März 186 $\frac{1}{2}$  - 186 - 187 $\frac{1}{2}$  (184). Hafer Oktober - (-), Dezember 158 (156 $\frac{1}{2}$ ), März 169 $\frac{1}{2}$  Geld (168 $\frac{1}{2}$ ).

Amtliche Eiernotierungen.

(23. Oktober)

SPD.Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-  
eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 16, Klasse A 60  
gr 15 $\frac{1}{2}$ , Kl. B. 53 gr 14 $\frac{1}{2}$ , Kl. C. 48 gr 13 $\frac{1}{2}$ , frische Eier Kl. B. 13 $\frac{1}{2}$ , aussortier-  
te kleine und Schmutzeier 10 $\frac{1}{2}$ . Auslandseier: Dänen 18er 16 $\frac{1}{2}$ , 17er 16, Hollän-  
der 60-62 gr 15 $\frac{1}{2}$ , Bulgaren 12 $\frac{1}{4}$ -13, Rumänen 12-12 $\frac{1}{2}$ , Ungarn 12-12 $\frac{1}{2}$ , Jugoslawen  
12-12 $\frac{1}{2}$ , Polen normale 11-11 $\frac{1}{2}$ , kleine, Mittel- und Schmutzeier 10-10 $\frac{1}{2}$ . In-  
und ausländische Kühlhauseier: Grosse 12 $\frac{1}{2}$ -13, normale 10 $\frac{1}{2}$ -11. Kleine 9 $\frac{1}{2}$ -10.  
Kalkeier: Extra grosse 13, grosse 11 $\frac{1}{2}$ , normale 9 $\frac{1}{2}$ -10. Witterung: trübe, Ten-  
denz: still.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission  
vom 23. Oktober: I. 142 Mark, II. 130 Mark, III, 114 Mark je Zentner. Tendenz  
fest.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E F R A G E D E S S P D

Nr. 79

Berlin, den 23. Oktober 1930

## Aufgaben der Bevölkerungspolitik.<sup>x</sup>

SPD. Wir kennen seit einiger Zeit die erschreckende Tatsache, dass wir Gefahr laufen, ein sterbendes Volk zu werden, und dass wir alle Mittel ergreifen müssen, um durch eine aktive Bevölkerungspolitik die Gefahren, die aus dieser Tatsache drohen, zu bannen. Das Reichsministerium des Innern hat vor mehreren Monaten unter Leitung des Ministerialdirektors Professor Gottstein einen Reichsausschuss für Bevölkerungspolitik begründet, der unter Verzicht auf rein theoretische Erörterungen seine Aufgabe nach drei Richtungen hin zu erfüllen sucht: Beseitigung des Geburtenrückganges, Schutz der schwangeren Frau, Herabminderung der Frühsterblichkeit. Besonders sollen auch die kinderreichen Familien in ihren besonderen Interessen geschützt werden. Mit Recht weist Professor Dr. Gottstein darauf hin, dass die weit verbreitete Meinung, als ob ein weiterer Geburtenrückgang die Erwerbslosigkeit mindern und die wirtschaftliche Not erleichtern könne, irrig sei. Denn der gegenwärtige Geburtenrückgang wird auf dem Arbeitsmarkt erst in 16 bis 20 Jahren fühlbar werden, und der Geburtenausfall des Krieges, der sich im Augenblick auswirkt, wird den Arbeitsmarkt eher verhängnisvoll als günstig beeinflussen. In gewissem Sinne vorbildlich in der Bekämpfung des Geburtenrückganges arbeitet Frankreich durch seine wirtschaftliche Begünstigung der Elternschaft, ebenso Italien, das durch Besteuerung der Ledigen und Kinderlosen Mittel für Zwecke der Jugendpflege und des Säuglingsschutzes schafft.

Eine von dem sozialdemokratischen Sozialhygieniker Professor Grotjahn geleitete Arbeitsgruppe hat sich mit der Bevölkerungsfrage in ihrer Beziehung zur Steuerreform beschäftigt. Dieser Ausschuss sieht eine der Möglichkeiten, den wirtschaftlichen Druck für kinderreiche Familien zu erleichtern, in der Berücksichtigung des Familienstandes bei der Gestaltung der direkten Steuern. Er fordert deshalb ein konsequent durchzuführendes Familien- und Kinderprivileg in der Lohn- und Einkommensteuer, ferner in der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Für jedes Familienmitglied ohne Begrenzung der Familienzahl nach oben müsse ein steuerfreies Existenzminimum von mindestens 600 Mark festgelegt werden.

Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit der Frage des Einflusses der Erwerbstätigkeit der Frau auf die Schwangerschaft. Uebereinstimmend wurde festgestellt, dass Erwerbsarbeit in den letzten Monaten der Schwangerschaft und in den ersten Monaten nach der Geburt für Mutter und Kind nicht günstig ist, und dass für die Frauen die nötige Arbeitsruhe in dieser Zeit so lange nicht als gesichert betrachtet werden kann, als der Lohnausfall durch Wochenhilfe und Wochenfürsorge nicht in voller Höhe gedeckt ist. In dieser Hinsicht ist noch eine ganze Reihe von Verbesserungen notwendig, vor allem auch die Verlängerung der Arbeitsruhe nach der Niederkunft und die Ausdehnung der besonderen Schutzbestimmungen über Arbeitszeit und Eintrittsalter für jugendliche Arbeiterinnen auch über die Industrie hinaus auf alle Betriebe des Haushaltes und der Landwirtschaft.

Die Minderung der Sterblichkeit in der ersten Lebenswoche wird als das bedeutendste Problem der Säuglingssterblichkeit betrachtet. Auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahrzehnten kaum eine Besserung eingetreten, wenn auch die allgemeine Säuglingssterblichkeit durch intensive Arbeit um 50 % zurückgegangen ist. Die Ursachen dieser Erscheinung sind noch umstritten. Während auf der

einen Seite neuartige sozialhygienische Schädigungen, zurückzuführen auf die vermehrte Frauenarbeit usw., als Ursache angesehen werden, vertritt Professor Rott, der Leiter dieser Arbeitsgruppe, die Ansicht, dass die grosse Frühsterblichkeit auf das statistisch nachweisbare relative Anwachsen der Erstgeburten zurückzuführen ist, eine Annahme, die dadurch gerechtfertigt erscheint, dass tatsächlich bei sinkender Geburtenziffer die Neugeborenensterblichkeit nicht etwa sinkt, sondern wächst, und dass sie umgekehrt bei steigender Geburtenziffer fällt. Es wird also eine Besserung der Ausbildung der Aerzte in der Geburtshilfe, eine einheitliche Regelung des Hebammenwesens und der Hebammenbildung und eine Verbesserung und Intensivierung der Schwangerenberatung, besonders zur Herabminderung der Frühgeburten notwendig sein.

In der Frage der Frühgeborenen-Fürsorge wurden von einer von Professor Langenstein geleiteten Arbeitsgruppe folgende Leitsätze formuliert und an das Reichsministerium des Innern weitergeleitet.

I. Jedes frühgeborene Kind ist fürsorgebedürftig und fürsorgeberechtigt. Eine planmässige Frühgeborenen-Fürsorge ist als aussichtsreich zu betrachten.

II. Die beste Form der Frühgeborenenfürsorge ist die Unterbringung frühgeborener Kinder in hierzu geeigneten Anstalten.

III. Frühgeborene Kinder sind als kranke Kinder zu betrachten im Sinne der Familienhilfe der Krankenkassen.

IV. Für die Massnahmen der offenen Fürsorge für Frühgeborene sind besondere Vorschläge notwendig, die noch auszuarbeiten sind.

V. Besonderer Wert ist auf die vertiefte Ausbildung der Aerzte, Hebammen und der Pflege- und Fürsorgepersonen zu legen.

VI. Die baldige Verabschiedung des in Vorbereitung befindlichen Reichshebammengesetzes wird für dringend notwendig gehalten. Hierbei soll auch der Frage der Mitwirkung der Hebammen bei der Bekämpfung der Frühgeborenen-Sterblichkeit besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Es ist zu hoffen, dass diese Arbeit des bevölkerungspolitischen Ausschusses in einer Intensivierung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes ihren Niederschlag findet.

---

### Marthas Uhr.<sup>x</sup>

---

SPD. Die Stenotypistin Martha lag schon ein Vierteljahr lang krank. An ihrer Schreibmaschine im Büro sass eine andere Stenotypistin, die man zunächst als Aushilfskraft engagiert hatte. Aber es war nun schon eine Dauerstellung geworden. Langsam vergass man Martha im Büro. Manchmal fragte jemand, wie es ihr eigentlich ginge, doch man wusste nicht viel von ihr, und die Maschinen klapperten weiter.

Martha hörte manchmal das Klappern der Schreibmaschinen. Sie lag im Bett und tippte mit den Fingern auf der Bettdecke. Aus alter Gewohnheit. Sie suchte sich an das Geräusch der Schreibmaschinen zu erinnern wie an ein halbvergessenes Lied. Es sumgte in ihr. Es war die leiseste Beziehung zum Leben, die sie in ihrem Krankenzimmer noch besass. Aber je kränker sie nun wurde, desto ferner klapperten die Schreibmaschinen in ihrer Erinnerung. Eine nach der anderen hört gleichsam auf. Sie war nun ganz allein.

Sehr still waren diese Stunden des Tages und der Nacht, wenn Martha nicht schlafen konnte und ihre blassen Hände über der Decke ausgestreckt liegen hatte. Dann begann sie auf das Ticken der Uhr zu lauschen. Die Uhr bekam eine Stimme. Ein Herz. Ein Hirn. Sie wurde ein Mensch, ein Freund. Sie tickte leise und ruhig. Marthas Herz schlug viel unregelmässiger. Von der Uhr jedoch ging eine Ruhe aus die mit Hoffnung erfüllte. Die Uhr war das Leben. Ein Symbol dessen, wonach Martha hier im Krankenzimmer Sehnsucht empfand; nach dem geregelten, ausgefüll-

ten Arbeitstage. Die Uhr war lärmende Strasse, brausender Hochbahnzug, Summen in hellen Büroräumen, Musik und läutende Glocke des Abends. Sie tickte, und Martha war nicht mehr ganz allein.

Aber einmal - mitten in der Nacht - blieb die Uhr stehen. Marthas Wirtin hatte vergessen, sie aufzuziehen. Martha erwachte in der Nacht wie so oft und streckte den Arm aus, um die Lampe auf dem Nachttisch einzuschalten. Irgendetwas war anders als sonst. Martha wusste es nicht gleich. Sie lag da, die Hand auf dem Herzen. Dann fühlte sie plötzlich die Stille, die Leere des Zimmers: die Uhr ging nicht mehr! Martha bekam einen ganz kleinen Schrecken, wie ein Kind. Die Uhr hatte ihren Platz nicht auf dem Nachttisch, weil das Ticken dann zu stark gewesen wäre, sondern auf dem Vertiko. Dort stand sie nun stumm in ihr Geheimnis gehüllt. Martha dachte: "Wenn nun mein Herz einmal so stehen bleibt."

Sie war ganz weit vom Leben weg. Der Arzt, die Menschen im Büro, auch die Wirtin, die nebenan schlief, alle waren wie Menschen, von denen man sich bereits verabschiedet hat. Martha war nun ganz allein. Mit einer toten Uhr.

Die Uhr musste wieder leben. Vielleicht genügte es, wenn man sie anrückte. Dann war alles wieder da: die lärmende Strasse, die brausende Hochbahn, die Hoffnung, das Leben überhaupt. Aber wie sollte Martha an den Vertiko kommen, krank wie sie war? Sie machte einen Versuch, fiel aber wieder zurück. Sie konnte wohl kingeln; sie hatte für Notfälle eine Glocke auf dem Nachttisch; aber was würde die Wirtin dazu sagen? Wegen der Uhr! In der Nacht! Was weiss die Frau von der Uhr?

Dort stand die Uhr immer noch stumm und etwas unheimlich in der Dämmerung des Zimmers. Ein Sinnbild menschlichen Seins. Eine Drohung. Eine Erkenntnis: Es geht nicht mehr. Alles geht einmal nicht mehr. Auch dein Herz, Martha!

Da versuchte Martha noch einmal aufzustehen. Mit letzter Kraft gelang es ihr. Sie schleppte ihren Körper über die Dielen, hielt sich am Tisch, am Stuhl fest; dann stolperte sie, fiel hin. "Ach", seufzte sie. Sie konnte sich nicht mehr erheben. Sie konnte nur noch kriechen. Ueber ihr leuchtete das Zifferblatt der Uhr wie ein geisterhaftes Gesicht.

"Frau Look", rief die Kranke leise, "Frau Look..."

Die Frau hatte den Ruf gehört und kam in der Nachtjacke ins Zimmer gestürzt. "Aber, Fräulein!" sagte sie erschrocken, "was machen Sie denn nur?" Sie brachte die Kranke wieder ins Bett. "Was wollten Sie denn?" fragte sie, als Martha sich erholt hatte. Martha sagte nur: "Die Uhr..."

Das konnte die Frau allerdings nicht verstehen. Sie ging zum Vertiko und zog die Uhr auf. Dann war Martha wieder allein. Sie lächelte. Sie war doch nicht mehr ganz allein. Die Uhr tickte wieder ihr stilles, beruhigendes, gleichmässiges Lebenslied.

Kurt Rudolf Neubert.

---

### Fischgerichte.<sup>x</sup>

---

SPD. "Fische halten nicht vor", behaupten viele Hausfrauen und streichen deshalb diese wertvolle Abwechslung vom Küchenzettel. Sie vergessen, dass wir unsere Nahrung aus allen Quellen schöpfen sollen, weil der Körper vielerlei Nährstoffe zu seiner Gesunderhaltung verlangt. Andererseits tut man den schmackhaften und dabei billigen Seefischen Unrecht, denn in Wirklichkeit sind sie recht nahrhaft, wenn - sie richtig zubereitet werden. Daran hat es nämlich meistens gehapert. Wirft man solch einen Schellfisch lieblos ins Wasser und lässt ihn darin so lange kochen, bis seine Nährstoffe glücklich ausgelaugt sind, so darf man sich nicht wundern, wenn das zerfallene, kraftlose Fischgericht nur wenig Anklang bei Tisch findet.



Je sorgfältiger man die Seefische behandelt, umso mehr entwickeln sie ihren Wohlgeschmack. Die Sorgfalt soll schon beim Kauf beginnen, denn nur blutfrische Fische können die Erwartung einer vollwertigen Mahlzeit rechtfertigen. Eine kundige Hausfrau sieht erst neugierig unter die Kiemen, ob sie auch noch rot sind, und entschliesst sich nur für solche Meeresbewohner, die mit festem Fleisch und klaren Augen um ihre Gunst werben. Hat man den Fisch geschuppt, so wird er unter die Wasserleitung gehalten und von allen Seiten gründlich gesäubert. Es gilt, von ihm den unerwünschten heimatlichen Trangeschmack zu beseitigen. Deshalb wird er von allen Seiten mit Zitronensaft beträufelt (auch innen, bitte!) und mit einigen Zwiebelscheiben belegt. Für den Gaumen tun wir ein Besonderes, wenn wir einige Tomatenscheiben einlegen. Im Kreise dieser guten Dinge wird der Fisch gern die nächste Stunden verbringen.

Schellfisch schmeckt sehr gut, wenn er in seinem eigenen Saft kochen darf. Er hat sich nämlich so lange in seinem Element, dem Wasser, getummelt, dass er davon genügend in den Kopftopf mitbringt. Man packt den Fisch, dem die Zwiebelscheiben wieder abgestrichen wurden, in einen trockenen Topf und salzt ihn leicht. Für die Beigabe einiger Gewürzkörner und eines Lorbeerblattes quittiert er dankbar durch einen herzhafteren Geschmack. Zunächst wünscht er viel Wärme, also eine grosse Flamme, und ein Neuling solcher neuzeitlicher Methoden wird erstaunt feststellen, wie bald sich der Schellfisch im eigenen Saft wälzt. Kocht dann dieser Saft, so geben wir sparsam eine kleine Flamme. Zur Probe drücken wir auf den breiten Rücken des Fisches mit einem Löffel. Bricht der Rücken bei sanftem Drucke auf, so will er damit anzeigen, dass es nun Zeit ist, den Tisch auf den Tisch zu bringen. Der fertige Fisch lockt schon durch sein appetitliches Aussehen. Man erhöht seinen Reiz noch durch eine kräftige Mostrichtunke, aber auch Butter- oder Dillsossen haben ihre Anhänger.

Wünschen die stets hungrigen Tischgäste gebratenen Fisch, so sei auf den Kabeljau verwiesen, der sich fast das ganze Jahr hindurch auf den Märkten zu Bergen türmt. In pikanter Aufmachung sucht er sich besonders interessant zu machen. Man säubert den Fisch, salzt ihn leicht und beträufelt ihn wieder mit Zitronensaft. Nach einer knappen Stunde wird er abgetrocknet und in Portionen zerlegt. In einer Pfanne soll reichlich Butter zerlassen werden und darin eine gewürfelte Zwiebel leicht rösten. Eine Messerspitze Paprika würde ein aufmunternder Partner sein, der sich willig einrühren lässt. Hierin braten die Fischstücke auf beiden Seiten goldgelb. Dann schüttet man ihnen eine Tasse voll saurer Sahne, mit einem Esslöffel Mehl verquirlt, gelassen auf den Schopf, damit sie darin fertig schmoren. Den Guss sollte man mit einem Löffel mehrfach wiederholen. Schon nach 5 Minuten verlangen die Fischportionen, herausgefischt zu werden, damit sie nicht etwa zerfallen. Eine angewärmte Schüssel an warmem Platze nimmt sie auf. Die Sosse kann man noch mit einem Bouillonwürfel würzen und auch mit Mehl nachdicken. Wenn man nochmals etwas Zitronensaft darüberträufelt, so kommt das dem pikanten Geschmack nur zugute.

Lucie Bürgel (Potsdam)

---

### Erlebnisse eines Armenpflegers.<sup>x</sup>

---

SPD. Immer noch wächst in diesen Tagen zunehmender wirtschaftlicher Not die Zahl der Erwerbslosen und fast mehr noch die der Ausgesteuerten, die ganz dem Wohlfahrtsamte zur Last fallen. Grosse Summen müssen aufgewendet werden, die doch nur ein winziger, unzulänglicher Tropfen auf einen heissen Stein sind, die kaum genügen, um nur die schlimmste Not zu lindern.

Mitzuhelfen im Kampfe gegen diese Not ist die Pflicht dessen, der das Amt eines Armenpflegers übernommen hat. Allzu oft nur sieht so ein Armenpfleger Szenen des Elends und menschlicher Unzulänglichkeit, die den meisten ande-

ren Menschen verborgen bleiben. Welche Welt sich da öffnet, das erkennt man aus dem, was diese Armenpfleger je nach ihrer Gemütsart tragisch oder lustig, gedankenschwer, oder mit erklärlichem Zorn gegen die Welt und ihre mangelhaften Institutionen erzählen:

"...vom Wohlfahrtsamt bekam ich eine Frau zugewiesen. Pflichtgemäss suchte ich sie in ihrer Wohnung auf, um die notwendigen Feststellungen zu machen. Eine kleine Strasse in der Altstadt. Dunkel. Hühnerleiter zur Dachwohnung. Ein kleines, schäbiges Zimmer. Die Wände ehemals weiss getüncht. Mit einem gelungenen, schnörkelhaften Muster. Plötzlich macht mich dieses Muster stutzig. Es bewegt sich. Krabbelt. Tausende von kleinen Tierchen. Eine etwa dreissigjährige Frau liegt im Bette, obwohl es Mittag ist. Ihr Haar, wüst, wimmelt von Tierchen. Abends geht sie auf den Strich. Neben dem Bett ein zerbrochener Stuhl mit einer Untertasse. Darauf Zigaretten und Streichhölzer..."

Die Frau und die Wohnung wurden chemisch gereinigt. Nach acht Tagen ging ich wieder hin. Da war alles wieder genau so wie vorher..."

"...Ein Mann kam aufs Wohlfahrtsamt und bat um Unterstützung. Das heisst: er forderte Unterstützung. Recht energisch. Mit der Faust auf den Tisch. Ich bekam den Fall zur Prüfung. Und stellte fest: Antragssteller ist Inhaber einer Sechszimmerwohnung. Zwei Zimmer sind sehr gut vermietet. Frau zur Zeit in einem grossen Badeorte zur Erholung..."

"...Ein älterer Mann bekam zum ersten Male bei mir Unterstützung ausbezahlt. Als er das Geld bei mir holte und in seine Rocktasche steckte, knickte er auf einem Stuhle zusammen und weinte wie ein kleines Kind... Es gibt eben verschämte und unverschämte Rentenempfänger..."

Einem monatelang Arbeitslosen verschaffte ein Armenpfleger eine Stelle. Nach ein paar Tagen traf er zufällig dessen Frau auf der Strasse. Und es entspann sich folgendes Gespräch:

"...Nun sind Sie wohl sehr froh, dass Ihr Mann wieder Arbeit hat?"

"Ach, eigentlich garnicht."

"...?"

"Ja, sehen Sie, sein Gehalt ist nicht sehr viel höher als die Unterstützung. Früher habe ich bis neun, halb zehn Uhr schlafen können. Jetzt muss ich schon um halb sechs raus, ihm Kaffee kochen..."

Und dann noch zwei kleine Geschichten, die zeigen, wie manche Gemeinden arbeiten, um Geld zu sparen. Eine recht einträgliche Schiebung mit unglücklichen Menschenkindern:

In einem kleinen Dorfe war es seit Jahren nicht mehr geschehen, dass ein uneheliches Kind zur Welt kam. Ein dort bedienstetes Mädchen drohte indessen in nächster Zeit diesen schönen Rekord zunichte zu machen. Grosse Erregung darob im ganzen Orte. Die Vertreter der Gemeinde steckten die Köpfe zusammen, berieten und kamen auf einen guten Gedanken. Sie gaben dem Mädchen Geld und eine Fahrkarte in die nächste grössere Stadt. Sie kam dorthin und fand eine Stellung in einem Hotel. Jetzt sorgt die Stadt für Mutter und Kind aus dieser Gemeinde..."

In einer kleinen Stadt war ein Familienvater arbeitslos geworden. Er ging aufs Gemeindeamt und verlangte Unterstützung. Man gab ihm Reisegeld und den guten Rat, in die nächste grössere Stadt zu fahren. Mit Frau und drei Kindern kam er dort an. Zwei Tagelang fand er dort Beschäftigung als Totengräber. Aber auch diese Erwerbsmöglichkeit hörte dann auf. Seit Monaten ist der Mann arbeitslos. Und die Stadt, in der er ganze zwei Tage arbeitete, sorgt seit Monaten für diese fünf Personen..."

"Man hat schon so seine Sorgen", meint der Armenpfleger. "Viele Unterstützungsempfänger sind ordentliche, bedauernswerte Menschen, die man nur einmal im Monat sieht, wenn sie ihr Geld holen. Manche sind frech; manche verdienen die Milde nicht. Am schlimmsten aber sind die Trinker, denen man zwei-, dreimal in der Woche ihr Geld nur in ganz kleinen Beträgen geben darf, und denen damit auch noch nicht geholfen ist. Dieses selbstverschuldete Elend ist das erbärmlichste, weil es unaustilgbar und unbekämpfbar ist. Weil ihm Menschen verfallen, ohne

dass wir, die wir daneben stehen, irgend etwas tun können gegen ihren Untergang  
Wie ein schleichendes Gift...." Mario Mohr.

### Die Reliquienfabrik.

SPD. Lore ging es sehr schlecht. Man hatte sie natürlich ins Kloster "zum  
sanften göttlichen Cherubim" gesteckt. Es duftete nach Wachs, Blumen, Spezereien,  
Äpfeln, Honig. Ach, diese trügerischen heimatlichen Altenhäusergerüche!

Aber die Oberin war eine Furie. Das heisst: für die Männer nicht. Die hiessen  
sie bloss Engel oder Schnuki oder Salome. Auch Klorinde, die süsse Pförtnerin, und  
Faridun, die Oberdoltorprofessorsbutternockerlnonne, und Yvonne, die Medizinalrats  
glasscherbennonne, und Evelyn, die gesulzte Schweinsohrennonne, und Pepromene, die  
Weinstritzelundpuddingmitaraksaucenonne, quälten Lore bis aufs Blut. Die vergass  
fast, dass sie in der Reliquienfabrik des "göttlichen Cherubim" arbeiten musste.  
Ihre schönen, tiefen, tränenvollen Augen blickten fremd und fern...

Armer Silvester! Du meine Erinnerung! Du, ich liebe dich, liebe dich heiss,  
lieb' dich wahnsinnig. Ich werde doch ewig lieben. Ohne dich will ich sterben.  
Ach, könnt' ich ein letztesmal deine Hände in die meinen nehmen und sie küssen.  
Mein Gott bist du! Mein ganzen Leben war schöner und so süss und wie im Traum  
geworden. Ich werd' dich nie vergessen. Lieb hab' ich nur dich, nur dich allein.  
Und immer und überall muss ich deiner denken, alles erinnert mich ja an dich, an  
dich Einzigen. Und kein letztes Lebewohl darf ich dir sagen. Deinen Namen auf den  
Lippen, will ich sterben. Ach, nun hab' ich niemand mehr, dem ich meinen Kummer  
anvertrauen kann. Ich bin sehr unglücklich und hab' keine Seele, die mich trö-  
sten könnt'. Was soll dies Leid! Das Leben hätte für uns so wunderschön sein  
können. Ich hab' dich so gern, so gern. Und muss nun ewig traurig sein, weil ich  
nie mehr um dich wissen darf. Ich bin nun wieder eine Bettlerin auf einer ver-  
lassenen Landstrasse; der kleine Stern ist nimmer da.

Wo sind die Stunden, und kommen sie nimmermehr? Ach, du warst viel zu gut  
für mich. Mein Herz war so übermütig vor Glück; die ganze Welt könnt' ich  
umarmen. All meine Seele ist bei dir. O Fieber! Einem unschuldigen Sternlein  
schaff' ich einen heissen, ewigen Kuss für dich an. Liebster, ich hab' dich ja  
so lieb. Ach, wie furchtbar, von dir getrennt sein, aber vergessen werd' ich  
dich nie. Mein Herz ist zerstört. Ich denk' immer, immer an dich. O Zauberei!  
Mir fallen schon die Augen zu. Du warst so lieb und gut. Schlaf wohl, schlaf  
wohl, du Lieber.. Komm, küss mich ein letztesmal. Du, du, ich hab' dich so lieb.  
Die ganze Nacht denk' ich an dich.....

Die Reliquienfabrik war sehr leistungsfähig und vollkommen auf der Höhe.  
Dort wurden täglich so zirka zweihundert nahtlose Oberröcke Christi genäht,  
hundertzwanzig Dornenkronen angefertigt, die Jesus getragen, dreihundert Veroni-  
kaschweisstücher! Ja, alles gab's da, und das will was sagen, natürlich im Origi-  
nal. Sogar genau die Lebzelten, Pfannkuchen, Hackbraten, Leberwürstl, Beefsteaks mit  
Sardellen, ungarischen Schnitzeln, Erdbeerkuchen, Baum- und Käskuchen, Haselnuss-  
und Punschtorten und Guglhupf, die der heilige Joseph und die übrigen Heiligen  
verzehrt, wurden hier hergestellt und in Gold und Glas gesetzt.

Da könnt ich so recht sehen, was die Kirche für ihre weidenden Schafe tut.  
Nur ganz verkommene, rohe, entmenschte Kreaturen wie die Lore können zu solch hei-  
ligem Tun Schwindel sagen. Sie sollte deshalb auch morgen lebendig eingemauert  
werden. Auch war sie zu dem ehrwürdigen, hochwürdigsten, allerheiligsten Herrn  
Erzbischof Aloisius, dem süssen Sündenvergeber, garnicht nett. Und der liebe  
alte Herr war doch immer so lustig, hob jodelnd seinen fliegenden Frack und  
sang: "Ist denn kein Stuhl da für meine Hulda", oder "Mei Huat, der hoat drei  
Löcha", oder "Ich bin's a lustiga, junga Wüldschitz", oder "Erlaub mir, schöne  
Sendarin, zu sein heint Nacht bei dir", oder "Itua, was i wüll, und i tua, was

mi gefreit" - und andre schöne Sachen.

In der Ecke hockt der Pfarrer Pius XXXVII., genannt der dicke Jakob. Er hatte einen Rosenkranz aus Marzipan in den geweihten Händen. Wenn er nicht ass, betete er Schnadabüpfel oder streichelte ab und zu aus purer christlicher Nächstenliebe die frommen Nonnen Laura, Doris, Kamilla, Susanne und die Struwelpetelotte.

Tja, wo soll denn sonst Liebe sein, wenn nicht im "Sanften göttlichen Cherubim". Deshalb geschah eigentlich Lore ganz recht. Warum liebte sie die huldvollen Bischöfe und Pfarrer nicht. Was verschenkte sie ihre windige Liebe nicht für ihr Seelenheil.

Jacob Haringer.

---

SPD. Der Wunderofen.<sup>X</sup> Harry Lauder, der berühmte schottische Humorist, erzählt von einer irischen Hausangestellten, die einmal in seinen Diensten stand. Als er das Mädchen fragte, wie ihm der neue Gasofen gefiele, der vor drei Wochen angeschafft worden war und in der Küche Aufstellung gefunden hatte, grünte das Mädchen übers ganze Gesicht: "Wundervoll, Sir. Grossartig, Sir. So etwas von Ofen habe ich noch nie in meinem Leben gesehen!"

"Na, das freut mich, Nelly", sagte Lauder.

"Aber das Grossartigste daran ist, dass er immer noch brennt. Denken Sie nur, vor drei Wochen, als er kam, hat ihn der Installateur angesteckt, und seit der Zeit ist er noch nicht ein einziges Mal ausgegangen...."

---

SPD. Gesegneter Fischfang.<sup>X</sup> Der Pastor sass am Bache. Rechts von ihm sass seine Nichte Lucie. Links von ihm sass seine Nichte Bettie.

Da ging der Angler Schmitz vorbei und fragte freundlich: "Na, haben Sie irgendwas geangelt?"

Der Pastor wandte sich würdevoll um: "Ich angle nicht".

"So, Sie angeln nicht? Ich dachte, Sie angelten!"

"Ich bin ein Menschenfischer, aber ich töte keine unschuldigen Tiere.

"Ein Menschenfischer?" fragte der Angler Schmitz erstaunt. Dann zog ein breites Grinsen über sein Gesicht, und mit einem Blick auf die Damen Lucie und Bettie sagte er: "Eins muss man Ihnen lassen: Verdammt hübsche Köder haben Sie sich zugelegt!"

---

SPD. Bilder zu verkaufen.<sup>X</sup> Herr Müller malt. Das ist sein Steckenpferd seine Leidenschaft. Er möchte gern Künstler sein. Eines Tages besucht Frau Müllers Vater die jungen Leute. Sie kommen auf des Gatten Malereien zu sprechen, und der Papa fragt: "Verkauft er denn auch Bilder?"

"Das kann ich dir flüstern! Er hat schon alle verkauft, die du mir als Aussteuer gegeben hat!"

---

SPD. Küchengeheimnisse.<sup>X</sup> Ein junger Ehemann fragt beim Essen: "nun sage mir bloss, Liebbling, wonach schmeckt denn der Filetbraten? Er riecht auch so merkwürdig!"

"Ja, Liebster, ich weiss es nicht; ich habe mein Bestes getan! Ich habe sogar die Zwiebeln, damit sie nicht so entsetzlich riechen, mit Kölnisch "asser abgewaschen!"